

1/2w

83

Mai/Juni '00
 15. Jahrgang
 DM 3,00
 ISSN: 1436-7823

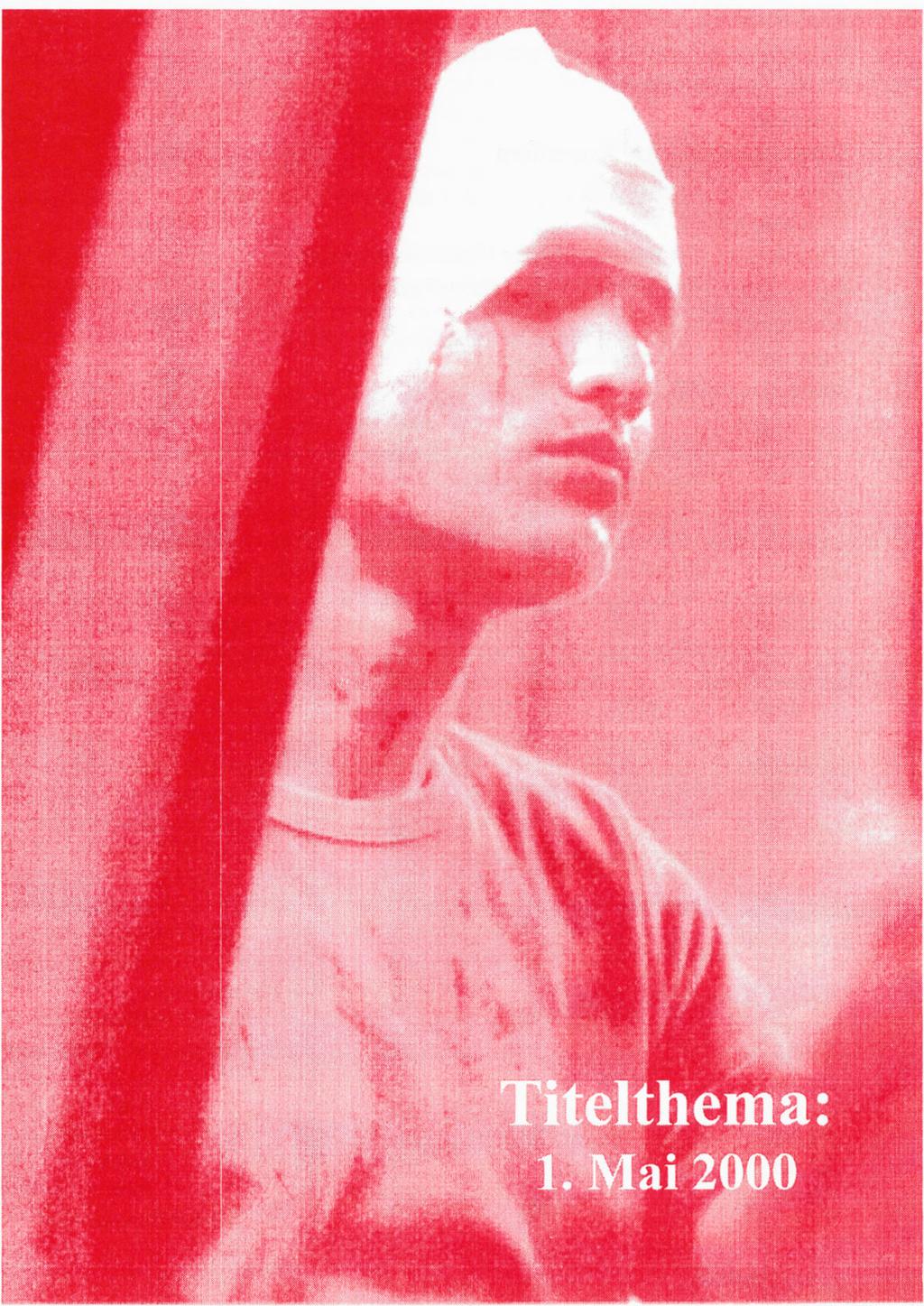
Antifaz

**Zeitung gegen Rassismus,
 Faschismus und Imperialismus
 für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker**

Weitere Themen:

*Antifaschistisches Pressearchiv und
 Bildungszentrum Berlin e.V.
 Falckensteinstr. 8e 46, 10997 Berlin
 Tel./Fax: 030 7 611 62 49
 Biz: 100 800 00 00*

- **NPD in Essen** 0670017787
- **Aktionen gegen Deutsche Lufthansa**
- **Dortmunder Nordstadt gegen Nazi-Gewalt**
- **Todeslager Sobibor**
- **Völkermord an den Armeniern**
- **Deutsche Konservative**



**Titelthema:
 1. Mai 2000**

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Bericht	
Weltweit Aktionen am 1. Mai	4
1. Mai in Recklinghausen	6
Staat probt in Essen den Notstand	9
Lufthansa in der Kritik	12
Kranich unterm Hakenkreuz	13
„Nordstadt gegen Rechts“	14
Rechtsextreme und Neonazis lieben Nordhessen	32
Der Aufstand im Todeslager Sobibor	34
Kommentar	
Brandypolitik und der Morgen danach	27
Radio Aufruhr IV	33
Analyse	
Völkermord an den Armeniern	16
Deutsche Konservative	29
Dokument	
Humanitäre Grundsätze in der Flüchtlingspolitik beachten	11
Kunst zum Überleben – Überlebenskunst	18
Kurznachrichten	
News aus dem Revier	42
Material	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923
Fax: 02361/21686
eMail: afb-bbz@t-online.de

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 84: 28.06.2000

EDITORIAL

Berichte zum **1. Mai 2000** bilden den Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitung.

Der 1. Mai war weltweit Anlass für politische Aktionen, die insgesamt erkennen ließen, dass sich die Entrechteten zu organisieren beginnen. Und es sind nicht allein soziale Forderungen, die die Menschen aufstellen, sondern es ist das „ganze Leben“, was unter globalisierten Ausbeutungsverhältnissen in Gefahr geraten ist. In **London** wurde zum Beispiel von der Gruppe „**Reclaim the Streets**“ ein „**Karneval gegen Junkfood**“ gefeiert, wobei gegen „genmanipulierte McDonalds-Produkte“ protestiert wurde. Im Verlauf der Aktionen wurde ein McDonalds-Restaurant ausgeräumt.

Ähnliches würde dem Konzern auch in Deutschland mal ganz gut tun, wo die Firma den alltäglichen Rassismus schürt, indem sie im Rahmen ihrer „Chinesischen Wochen“ mit Plakaten wie „Supel“ und „Plima“ aufhängt.

Dass Rassismus zum lustvollen Alltag gehören soll, dafür sorgt auch der CDU Landes-Chef in NRW, **Jürgen Rüttgers**, der mit dem Satz „Kinder statt Inder“ den Faschisten der REPs eine Steilvorlage servierte, die diese dankbar aufnahm. Rüttgers änderte seinen Spruch in „Mehr Ausbildung statt Einwanderung“, der inhaltlich den gleichen Rassismus transportiert, nur nicht ganz so dick aufgetragen. Die REPs setzen arbeitsteilig das Geschäft der „Drecksarbeit“ fort - antifaschistische Menschen in ganz NRW sorgten aber dafür, dass die REP-Plakate nirgendwo lange hängen blieben.

Seit die SPD unter Schröder zunehmend besser versteht, die Interessen der deutschen Wirtschaft zu artikulieren, setzt die CDU/CSU eindeutig auf verschärften Rassismus und Nationalismus.

Schröder, Fischer und auch Bundespräsident Rau mit seiner ersten „großen Rede“ am 12. Mai erscheinen auf diesem Hintergrund geradezu als Gallionsfiguren eines „modernen“ Internationalismus, der es kaum nötig hat, die Ralität der Massenabschiebungen und zunehmenden Legalisierung der Faschisten, insbesondere der NPD/JN, zur Kenntnis zu nehmen.

Allerdings lassen sich klare Zuordnungen bestimmter Politiklinien bei den großen Parteien kaum noch ausmachen - das zeigt auch die parteiübergreifende **Initiative von 100 Bundestagsabgeordneten** gegen die anlaufenden **Massenabschiebungen nach Kosova und Bosnien-Herzegowina**, die über die Ostertage gestartet wurde und erste Erfolge erzielte: So hat die Stadt Gelsenkirchen vorläufig alle Abschiebungen dorthin ausgesetzt, solange nicht über diese Initiative entschieden ist.

Das stände auch dem Ausländeramt der **Stadt Herten** gut an. Hier kämpft seit dem 1. Mai die bosnisch-kroatische **Familie Guberovic** gegen ihre Abschiebung, was von der Recklinghäuser Flüchtlings-Koordination „**kein mensch ist illegal**“ durch eine kreisweite Unterschriftenaktion unterstützt wird. 1000 Unterschriften sollen der Behörde übergeben werden mit der Forderung, der seit acht Jahren dort lebenden Familie ein Bleiberecht zu gestatten.

Dies ist der Alltag in Deutschland: Durch den Beschluss der Innenministerkonferenz vom 19.11.1999 („Altfall-Regelung“) fühlen sich die lokalen Behörden ermuntert, Massenabschiebungen in das ehemalige Jugoslawien durchzuführen, da ja die NATO-Kriegsziele erreicht seien.

Allerdings hat auch die Tätigkeit von Flüchtlingsorganisationen zugenommen, wie die Aktivitäten von „kein mensch ist illegal“ beispielsweise gegen die „**Beihilfe zur Abschiebung**“ durch die **Deutsche Lufthansa** zeigen.

Gibt es im Rahmen der Solidarität mit Flüchtlingen eine durchaus breiter werdende Unterstützung, so ist von einem massenhaften Widerstand gegen die zunehmenden NPD-Aufmärsche nichts zu bemerken.

Antifaschistische Demonstrationen wie die vom 6. Mai in Essen werden immer mehr zu rituellen Zeremonien, die dem staatlichen Konzept der Legalisierung der Neonazis nichts Nennenswertes entgegensetzen können. Es ist dringend geboten, dass die antifaschistische Bewegung ein bundesweites Kampagnenprojekt entwickelt, das das Verbot von NPD/JN auf die Tagesordnung setzt.

Dass die Faschisten immer dreister werden, zeigt auch das Beispiel der **Jagd auf türkische BewohnerInnen der Dortmunder Nordstadt**: Hier jagten und verprügelten am Karfreitag etwa 100 Nazis ausländische Bürger - ohne dass dies umgehend beantwortet wurde. Und das in einer Gegend rund um den Borsigplatz, die einmal als rotes Herz Dortmunds geachtet wurde und in der nach wie vor zahlreiche linke türkische Vereine ihre Domizile haben.

Nicht ganz zufällig behandeln die **Gelben Seiten** in dieser Ausgabe das Thema „**Deportationen**“, weitere Themen findet Ihr im Inhaltsverzeichnis.

Für die Redaktion

WT

WELTWEIT AKTIONEN AM 1. MAI

In vielen Staaten kam es am 1. Mai 2000 zu Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen, wobei die politischen Orientierungen wie auch die Themen höchst unterschiedlich ausfielen. Es muss festgehalten werden, dass in diesem Jahr eine eindeutige Zunahme faschistischer und reaktionärer Aktionen zu vermerken war. So waren es in Deutschland annähernd 2000 Neofaschisten, die auf 6 von der NPD angemeldeten und vom Staat genehmigten Demonstrationen auf die Straße gingen, in Berlin-Hellersdorf, Ludwigshafen, Fürth, Dresden, Grimma und Wetzlar.

Auch in polnischen Städten wie Warschau und Gdansk demonstrierten Neonazis, im westpolnischen Poznan trugen sie ein Transparent mit der Aufschrift „Alle Roten gehören in Reser-vate“.

Dass die faschistischen Provokationen am 1. Mai in Deutschland von vielen nicht kampfflos hingenommen werden würden, war von vornherein klar - ist doch die Legalisierung der Faschisten stets mit einer Kriminalisierung und politischen Unterdrückung der Antifaschisten seitens dieses Staates verknüpft.

Inzwischen ist allgemeiner „demokratischer“ Konsens in diesem Land, dass diejenigen, die gegen die Nazis demonstrieren, ausschließlich „Linksextreme“ sind - was klarstellt, dass „man“ als guter „Demokrat“ auf antifaschistischen Demonstrationen „nichts verloren hat“.

So ist es auch kein Wunder, dass DGB und die in diesem Land als „demokratisch“, ja sogar „Volksparteien“ bezeichneten CDU, SPD, FDP und auch B 90/Die Grünen allesamt nichts zur Verhinderung der NPD-Aufmärsche beitragen wollten - schließlich handele es sich bei der NPD ja ebenfalls um eine „demokratische“, da ja nicht verbotene, Partei, und auch die habe eben das Recht, am 1. Mai zu demonstrieren.

Bericht aus Berlin:

In Berlin Hellersdorf konnten sich auf Grund einer Entschei-

dung des Oberverwaltungsgerichts rund 1200 NPD-Anhänger unter dem Schutz von 2300 Polizisten zusammenrotten. Rund 300 Gegendemonstranten protestierten und es fand ein multikulturelles Stadtteilstoffest statt. Die antifaschistische Gegendemonstration war verboten, angeblich wegen „angekündigter Gewalt“, fand aber trotzdem statt.

Gewalt ging dagegen von der anwesenden Staatsmacht aus, die 80 Demonstranten einkesselte, die stundenlang in der Sonne braten mussten, bis sie Hellersdorf wieder verlassen konnten.

bezirks gegen die NPD-Demonstration lobte, kommentierte der CDU-Landesgeschäftsführer Matthias Warmbach mit dem Satz: „Mehr Polizisten wären hilfreicher als Briefe zum 1. Mai“.

Genügend PolizistInnen waren dann in der „Kreuzberger Nacht“ im Einsatz. Die inzwischen rituelle jährliche Auseinandersetzung in Kreuzberg nutzt die Polizei, um wieder ein wenig mehr auszurüsten. Pünktlich zum 1. Mai erhalten die PolizistInnen in Berlin neue schmucke Straßenkampf-Ausrüstung. War es im vergangenen Jahr u.a. der schwarze



Kreuzberger Nächte: Polizei rüstet auf

Für den CDU-geführten Berliner Senat ging die Gefahr einzig von links aus. Die Grußadresse des Kanzlers an das multikulturelle Fest in Hellersdorf, in der er den Einsatz des Stadt-

Brust-Panzer aus Hart-PVC, trugen sie in diesem Jahr schicke Ami-Mützen mit dem Aufdruck „Polizei“ in Goldbuchstaben. Kopfhörer waren mit Klebeband am Ohr befestigt,

Schlagstöcke mit Schweißtüchern umwickelt.

Von 19.00 Uhr bis 20.30 demonstrierten 10 000 auf der revolutionären Mai - Demo - anschließend fand dann die alljährliche Revolte statt: Steine und brennende Container auf der einen - Wasserwerfer und

wird.

Das undemokratische Verhalten des DGB und das Verbot unseres Info-Standes hinderte hunderte von Teilnehmern nicht daran, sich an der Aktion „Rote Karte für Schröder“ zu beteiligen. Obwohl die Rednertribüne weiträumig abgesperrt war,



Nazis in Berlin-Hellersdorf

Foto: taz

Knüppel auf der anderen Seite. Fazit: Es ist nicht mehr nachvollziehbar, welchen politischen Sinn die nächtliche Revolte macht außer: Ehemals revolutionäre politische Inhalte verkommen zum „Event“, die politischen Ziele der Demonstration verschwinden völlig im Hintergrund.

Dass es auch anders geht, zeigten die oppositionellen Aktionen in Hannover. In ihrer Presseerklärung heißt es:

Gewerkschaftsforum Hannover

Trotz massiver Versuche des DGB, jeglichen Protest im Vorfeld zu kriminalisieren und zu verhindern, ließ der lautstarke Protest der Kolleginnen und Kollegen keine Zweifel daran aufkommen, dass der derzeitige Regierungskurs und der Anpassungskurs der Gewerkschaften von der Basis nicht unwidersprochen hingenommen

mussten auch die Damen und Herren auf dem Podium den Unmut der Massen zur Kenntnis nehmen. Der schon fast peinliche Versuch des DGB, der SPD eine Plattform für den Wahlkampf in NRW zu bieten, zeigt das ganze Ausmaß der Unterordnung der Gewerkschaftsspitzen unter die SPD. Gerhard Schröder zeigte schwache Nerven und heisere Stimmbänder. In bester Tradition eines Franz Josef Strauß fiel ihm nichts Besseres ein, als die Protestierer als 'Pfeifenköpfe' zu titulieren.

Angesichts einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, massiven Sozialabbaus, Steuergeschenken für die Reichen und Kürzungen im Bildungsbereich fällt es offenbar auch gutgläubigen SPD-Anhängern schwer, den Versprechungen von der Bühne zu glauben. Kein Wunder, da die „Erfolge“ des Bünd-

nisses für Arbeit bislang in Lohnzurückhaltung, Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu Lasten der Beschäftigten, einer enormen Arbeitsverdichtung in den betriebl. und Deregulierung auf allen Ebenen bestehen. Schulte und Issen verkünden heute, dass dieser Kurs uneingeschränkt fortgesetzt werden soll.

Dagegen werden wir weiterhin entschlossen Widerstand leisten.

Aktionen in der übrigen Welt England:

In Manchester griffen 250 DemonstrantInnen Geschäfte und Fast-Food-Restaurants an. 20 Personen wurden festgenommen. Eine Kreuzung wurde durch eine Sitzblockade zeitweilig lahmgelegt.

USA:

In New York verhaftete die Polizei 20 Personen bei einer angemeldeten Demonstration. Rund 600 Menschen waren zur Demo am Union Square gekommen. „Menschen vor Profiten“ hieß es in Chicago, wo rund 200 Menschen durch die Stadt zogen.

Russland:

In Moskau gab es neben der großen Demonstration der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ einige kleinere Demos.

Polen:

Die Polizei der südpolnischen Stadt Krakau verhaftete bei einer Demo 14 Personen. Zu den Auseinandersetzungen kam es, nachdem die Polizei den Demonstranten den Weg zum örtlichen Gefängnis versperren wollte.

Zimbabwe:

3000 ArbeiterInnen versammelten sich in der Hauptstadt Harare. Die Veranstaltung war im Vorfeld verboten worden. Dar-

aufhin hatten die Gewerkschaften die Arbeitenden aufgefordert, zu Hause zu bleiben, da es keine Garantien gebe, dass die Polizei die Demonstranten schützen würde.

S ü d a f r i k a : Die Gewerkschaften bekräftigten ihre Pläne für einen Generalstreik im Mai und forderten die Regierung in Zimbabwe auf, sich nicht in Gewerkschaftsangelegenheiten einzumischen.

Türkei:

Zehntausende gingen auf die Straßen, eine der häufigsten Parolen lautete: „IWF: Das Land steht nicht zum Ausverkauf“. Im Zentrum standen Forderungen nach „Frieden und Demokratie“. In Istanbul demonstrierten etwa 10 000 Menschen, mindestens ebensoviel Polizisten waren im Einsatz. Protestiert wurde hier u.a. gegen die „Rente im Grab“, was sich gegen die Pläne der Regierung, die Rente erst ab 60 auszuzahlen, richtete

(dazu muss man wissen, dass die Lebenserwartung in der Türkei nach wie vor bei durchschnittlich 63 Jahren liegt).

In Ankara demonstrierten 15 000, in Izmir 20 000 Menschen und in Adana 3000.

In Bolu wurde gegen die Privatisierung der SEKA protestiert, der größten Papierfabrik in der Türkei.

In Trabzon wurden 18 Menschen festgenommen, die eine zusätzliche Kundgebung abhalten wollten.

In den meisten Städten wurden die Demonstrationen getragen von der „Plattform für Arbeit“ bestehend aus Türk-Is, DISK und KESK.

Kurdistan:

Sämtliche Mai-Aktivitäten waren verboten, nicht einmal das Verlesen einer Presseerklärung auf dem Dag Kapi - Platz in Diyarbakir wurde erlaubt. Die Demokratische Plattform Diyarbakir, bestehend aus HA-DEP, KESK u.a., protestierte

gegen die Verbote und führte eine Versammlung in den Räumen der KESK-Diyarbakir durch. Außerdem wurde die Forderung nach einem umfassenden Amnestiegesetz vorgebracht, welches die Konflikte in den Gefängnissen lösen soll.

Protestiert wurde zudem gegen die geplanten neuen Gefängnisse des F-Typ, gegen die inzwischen europaweit Demonstrationen durchgeführt werden (so z.B. am 14.5. in Köln/Deutschland).

Auch der neue türkische Ministerpräsident beabsichtigt nicht, das System von Folter und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei abzuschaffen, dies können nur die Völker der Türkei im gemeinsamen Kampf erreichen.

**Es lebe der 1. Mai
Hoch die Internationale
Solidarität**

Selahattin Ekinci (IFV)

AKTIONEN ZUM 1. MAI IN RECKLINGHAUSEN

Aleviten und Internationalisten feiern gemeinsam Solidarität mit Flüchtlingen

Am 28. April feierten etwa 80 Menschen in den Räumen des Alevitischen Vereins in Recklinghausen. Es wurden Beiträge zur Geschichte des 1. Mai und zur aktuellen Lage ausländischer ArbeitnehmerInnen in Deutschland vorgetragen.

In der ausführlichen Diskussion wurde vorgeschlagen, dass der Internationale Freundschaftsverein (IFV) und der Alevitische Verein in Zukunft enger zusammenarbeiten.

Für den Internationalen Freundschaftsverein hielt Öznür Sezgin vom IFV-Vorstand den folgenden Beitrag:

Die Entstehung des 1. Mai:

Mit der Entstehung des Kapitalismus nahmen unter den Menschen weltweit Hunger, Armut und Elend gewaltig zu.

Die Arbeiterklassen kämpften gegen miserable Arbeitsbedingungen, z.B. 16 Stunden und mehr tägliche Arbeitszeit.

Der 1. Mai entstand im Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter. Seit Mitte des 19.

Jahrhunderts beginnen die Arbeiterklassen, organisiert gegen die Ausbeutungsverhältnisse zu kämpfen.

Im Jahr 1874 forderten die österreichischen Arbeiter den 8stündigen Normalarbeitstag und führten verschiedene Aktionen durch. 1884 schloss sich der Internationale Arbeiterbund mit der Arbeiterföderation Amerikas zusammen und forderte die herrschenden Klassen auf, innerhalb von 2 Jahren den 8Stundentag weltweit anzuerk-

ennen.

Im Jahr 1886 hatten die herrschenden Klassen nicht mal einen kleinen Schritt in diese Richtung gemacht.

Im Gegenteil: Um den Widerstand der Arbeiter zu verhindern, wurden in Chicago die Straßen von der Polizei besetzt und außerordentliche Maßnahmen verordnet. Trotz all dieser Repression und Einschüchterung fand auf den Straßen Chicagos eine große Demonstration statt. Nach Beendigung der Demonstration wurden zahlreiche Arbeiter getötet, hunderte verletzt und viele verhaftet. In den anschließenden Gerichtsverfahren erhielten einige der Verhafteten lebenslange Haftstrafen.



Öznur Sezgin vom IFV

Foto: IFV

Die führenden Arbeiter August Spiens, Adolf Fischer, Albert Parsons und George Engel wurden zum Tode verurteilt und am 11. Oktober 1887 hingerichtet.

Auf dem 1. Kongress der Arbeiterinternationale am 21. Juli 1887 in Paris wurde gegen diese Massaker protestiert und der 1. Mai zum Aktionstag erklärt.

Auf dem 2. Kongress wurde der 1. Mai zum Internationalen Kampftag der Arbeiter erklärt. Erst durch lange Kämpfe konnte erreicht werden, dass der 1. Mai heutzutage in den meisten Ländern legal organisiert werden kann.

Dennoch gibt es nach wie vor viele Länder, in denen der 1. Mai nur unter schwierigen Bedingungen gefeiert werden kann.

In der Türkei z.B. Hat die Arbeiterklasse erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts begonnen, sozialistische Ziele zu vertreten. Der 1. Mai wurde hier zum ersten Mal im Jahre 1921 mit verschiedenen Aktionen gefeiert. Die Feiern weiteten sich auf Istanbul, Ankara und Izmir aus.

Nach der Gründung der Türkischen Republik wurde der 1. Mai nach wie vor verboten, jetzt

durch die Regierung unter Kemal Atatürk.

Trotz Verbot wurde 1923 der 1. Mai in Istanbul, Ankara, Izmir und Adapazari gefeiert.

Seit 1924 haben die Kurden in Kurdistan und die Arbeiter im Osten der Türkei ihre grundlegenden Rechte verloren.

Aufgrund des kemalistischen Verbots konnte der 1. Mai in der Türkei jahrelang nicht gefeiert werden.

Erst im Jahr 1976 gelang es den türkischen Arbeitern unter schwierigsten Bedingungen erneut, den 1. Mai zu feiern.

Der 1. Mai 1977 wird ganz besonders im Gedächtnis der türkischen Arbeiter bleiben: Auf dem Istanbul Taksim-Platz wurden die Menschen blutig angegriffen, 25 Arbeiter wurden von der türkischen Polizei ermordet.

In Kurdistan wurde der 1. Mai erstmals 1979 gefeiert, zehntausende Menschen folgten den Aufrufen von DMKD und DDKD.

Natürlich schlug der türkische Staat brutal zu, verhaftete und verprügelte zahllose Menschen und tötete mindestens einen Menschen.

Auch wenn der Türkische Staat seitdem die Menschen am 1. Mai jedes Mal mit brutaler Gewalt angegriffen hat, werden auch in diesem Jahr wieder Zehntausende in Istanbul und Diyarbakir, in Ankara und Batman auf die Straßen gehen.

Aufgrund der nicht endenden blutigen Unterdrückung jedes politischen Widerstandes, aufgrund von Folter und Vertreibung, aufgrund von Verhaftung, Ermordung und Verschwindenlassen politisch aktiver Menschen mussten zehntausende Menschen die Türkei und Kurdistan verlassen und in Europa um Aufnahme und Unterstützung nachsuchen.

Auch in Deutschland leben einige Millionen Flüchtlinge, die sozial und politisch den am schlechtesten gestellten Teil der heutigen Arbeiterklasse bilden.

Es ist die Aufgabe der europäischen Arbeiter, sich mit den geflohenen Arbeitern aus anderen Ländern zusammenzuschließen und für soziale und demokratische Rechte zu kämpfen.

Auch in Recklinghausen werden am diesjährigen 1. Mai Menschen auf die Straße gehen und für ihre Rechte demonstrieren. In unseren Gedanken sind wir verbunden mit den Arbeitern auf der ganzen Welt, mit den Arbeitern in Istanbul und Diyarbakir, in Moskau und New York.

**HOCH DIE
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !**

Info-Stände von AFB und Recklinghäuser Flüchtlingskoordination:

Die Aktionen standen im Zeichen der Solidarität mit Flüchtlingen aus Kosova und Bosnien-Herzegowina. Hierbei wurde mit einer Unterschriftenaktion für die Hertener Familie Guberovic aus Bosnien-Herzegowina begonnen, die in den nächsten Wochen fortgesetzt wird. Es wurden an diesem Tag bereits 250



Familie Guberovic

Foto: AFB

Unterschriften gesammelt, so dass das geplante Ziel von 1000 Unterschriften sicherlich in kürzester Zeit erreicht sein wird.

Der Text der Unterschriftenaktion lautet:

„Für ein Bleiberecht der Familie GUBEROVIC Frau GUBEROVIC floh im April 1992 bei Ausbruch des Bürgerkriegs aus Bosnien-Herzegowina mit ihren 2 Kindern Nermina, damals 12 Jahre alt, und Nermin, damals 8 Jahre alt. Herrn GUBEROVIC gelang die Flucht zu seiner Familie erst 1993, da er eingezogen war.

Die Familie lernte schnell Deutsch, die Kinder besuchten sofort die Schule und die Eltern fanden rasch Arbeit. Innerhalb der letzten 8 Jahre eine gelungene Integration, eine Existenz ohne Sozialhilfe, in ihrer neuen Heimat in Herten.

Alles Voraussetzungen, die für Flüchtlinge aus anderen Ländern ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland ermöglichen. Wir fordern es deshalb auch für die Familie GUBEROVIC ein und halten es für unhaltbar, dass Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien dieses Bleiberecht verwehrt wird.

Die UnterzeichnerInnen appellieren an Sie, als Ausländerbehörde der Stadt Herten, die vorgesehene Rückführung der Familie GUBEROVIC nach Bosnien-Herzegowina zu stoppen und Pasaga, Nevza, Nermina und Nermin einen gesicherten Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik Deutschland zu erteilen.“

**Recklinghäuser Flüchtlings-Koordination
„kein mensch ist illegal“**

EINLADUNG

ZUM SEMINAR

VOM 12. BIS 14. MAI 2000

TERRE DES FEMMES

in Zusammenarbeit mit der Theodor-Heuss-Akademie

ÖFFENTLICKEITSARBEIT
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

**Über den Umgang mit persönlichen Grenzen
in der ehrenamtlichen Arbeit für Menschenrechte.**

Öffentlichkeitsarbeit für Menschenrechte ist ein schwieriges Unterfangen. Insbesondere Menschenrechtsverletzungen an Frauen beinhalten vielfach Sachverhalte und Themen, die an die Grenzen der Intimität und Scham gehen.

Unser Seminar soll praktische Hilfestellung geben. Sie lernen, wie Sie Reden gut strukturieren und sich in Interview-situationen behaupten können.

Durch Erfahrungsaustausch wollen wir gemeinsam Strategien entwickeln, Nähe und Distanz, Trauer und Wut ausloten und wirkungsvolle Arbeit für die Zukunft entwickeln.

Seminarleiterin ist Ursula Werthmann

Die Tagungsgebühr beträgt
200 DM bei Unterbringung im
Doppelzimmer, ermäßigt 150 DM

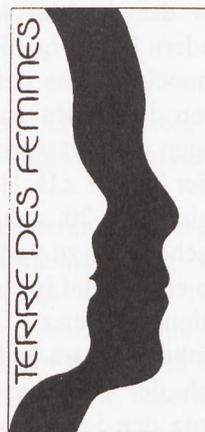
Der Tagungsort ist die
THEODOR-HEUSS-AKADEMIE
Theodor-Heuss-Straße 26

51645 Gummersbach (Niederseßmar)

Tel. 02261/3002-0, Fax. 02261/3002-21

Tagungsorganisation:
Helga Meurer, Tel. 02261/3002-111,
E-Mail: helga.meurer@fnst.org.

Anmeldeschluss
ist der 14. April 2000



STAAT PROBT IN ESSEN DEN NOTSTAND

3000 Polizisten „schützen“ NPD-Kundgebung

In nackten Zahlen sah die Bilanz am 6. Mai in Essen so aus: 2000 AntifaschistInnen „stellten sich quer“ und demonstrierten vor Essener Banken und Verwaltungsgebäuden, 3000 Polizisten besetzten das Gebiet südlich und zum Teil nördlich des Essener Hauptbahnhofs weiträumig, indem sie an jeder Straßensperre Sperren installierten, die von jeweils ein bis zwei Hundertschaften gesichert wurden. Die NPD mobilisierte 500 AnhängerInnen, die am Essener Saalbau aufmarschierten.

Allerdings gelang es dem „nationalen Widerstand“ nur mit erheblicher Verzögerung, zu „marschieren“.

Trotz des riesigen Polizeiaufgebotes war es etwa 300 AntifaschistInnen gelungen, von der U-Bahn-Station „Rüttenscheider Stern“ aus in die Nähe des Saalbaus vorzudringen, wo sie aber eingekesselt und längere Zeit festgehalten wurden. Nach etwa einer Stunde wurden sie dann in die „Freiheit“ entlassen, danach durfte dann die NPD/JN losmarschieren.

Die Überlegung einiger Antifa-Gruppen aus NRW hatte darin bestanden, mit kleineren Trupps in den südlichen Teil einzusickern, um später mit dem größten Teil der Demo von der angemeldeten Route abzuweichen, vom Kennedyplatz durch den HBF-Tunnel zu gelangen, um dann eventuell die Polizeiketten auf dem Weg zum Saalbau zu durchbrechen - ein Konzept, das sich angesichts des Polizeiaufgebots als undurchführbar erwies.

Das Konzept des „Bündnis gegen Rechts“, bestehend hauptsächlich aus PDS, VVN-BdA und Gewerkschaftlern, bestand darin, eine möglichst lange Auftaktkundgebung durchzuführen, danach eine relativ kurze Demo, die am Kennedyplatz mit einer erneuten Kundgebung beendet werden sollte.

Während der Auftaktkundgebung sprachen Gewerkschafter, ein Pastor, eine Verfolgte des Nazi-Regimes, eine Vertreterin der „Antifa-Gruppen NRW“ und ein Vertreter der PDS

Außer Zitaten aus dem NPD-Programm, der pflichtschuldigen Empörung über das Polizeiaufgebot und die alltägliche rassistische und faschistische Gewalt in

Deutschland war nichts Wesentliches zu vernehmen - allerdings wurde regelmäßig der „Erkenntnisstand“ über das Geschehen auf der anderen Seite des Hauptbahnhofs bekanntgegeben.

kette von etwa 20 Beamten zu „durchbrechen“ - eine wenig amüsante Theaterinszenierung.

Von der Ankündigung des geplanten Versuchs (Sprechchöre „Saalbau, Saalbau“) über die in pro-



Auftakt am Willy-Brandt-Platz

Foto: AFB

Eine Vertreterin aus dem autonomen Antifa-Spektrum machte dann noch pro forma und kaum ernst gemeint den Versuch, die Versammelten aufzufordern, sich auf direktem Wege zum Treffpunkt der NPD zu begeben, worauf nach weiteren langen Verzögerungen der Demonstrationszug loswanderte, in bedächtigem Tempo.

Von Anbeginn entstand der Eindruck, dass die OrganisatorInnen alles vermeiden wollten, was auch nur entfernt danach aussah, dass man sich vielleicht doch in die Nähe der NPD bewegen wollte.

Vollends eine Karikatur auf eine kämpferische antifaschistische Demonstration war im Verlauf der Demonstration der Versuch einzelner autonomer Antifaschisten, die sich an die Spitze gesetzt hatten, am Farnhorst-Kreisel eine Polizei-

vozierender Gemütlichkeit getroffenen Abwehrvorkehrungen der PolizistInnen (Ohne Hast und Eile zogen die anwesenden Damen und Herren ihre schwarzen Lederhandschuhe an), die erneute Ankündigung des jetzt unmittelbar bevorstehenden „Durchbruch“-Versuchs („Zehn, neun, acht, sieben...“) und den dann tatsächlich stattfindenden kurzen „Vorstoß“ von vielleicht 20 AntifaschistInnen, der nach kurzem Geplänkel mit der gegenseitigen Versicherung, es sei ja nicht so ernst gemeint, beendet wurde. Festgenommen wurde in dieser Situation niemand, allerdings filmte die anwesende Polizeikamera das Geschehen aus luftiger Höhe, was einer der Demonstranten mit dem Satz kommentierte: „Guck mal, wir kommen ins Fernsehen“.

In der Nähe des Saalbaus hat es bei

den Auseinandersetzungen mit der Polizei 11 vorübergehende Festnahmen gegeben. Insgesamt vermittelte das „Demo-Konzept“ den Eindruck der Rat- und Hilflosigkeit: Man wollte möglichst „nah heran“ an die NPD, aber gleichzeitig unter allen Umständen den Eindruck irgendwelcher „illegaler“ Absichten vermeiden. Was wollte man denn in der „Nähe“ des NPD-Aufmarsches? Gar nichts, außer

will meinen, sie „musste“ die NPD mit 3000 Beamten schützen, weil diese eine legale Partei ist und weil, wenn man sie nicht „schützte“, die gewaltbereiten AntifaschistInnen der NPD ihr demokratische Grundrecht, die Demonstrationsfreiheit, rauben würde. So kommentierte dann auch die taz NRW: „Sicher, die Polizei hätte den Aufmarsch der Rechtsextremen verbieten können. Doch es ist gut, dass sie es nicht getan hat.“

Demonstrationsrecht zu garantieren. Wenn der Kommentator von „unserer Demokratie“ spricht, meint er ganz offensichtlich die herrschende Gesellschaftsordnung und ihren Polizei-Apparat. Die allerdings sind *stark* genug, den Faschisten immer mehr Freiheiten zu gewähren, den Antifaschisten dagegen immer mehr Freiheiten zu nehmen, wie das Demo-Verbot gegen die Antifaschistische Aktion Berlin am 1. Mai bei gleichzeitiger Genehmigung der NPD-Demonstration in Hellersdorf (s. auch Bericht in dieser Ausgabe) zeigt.



Gleich geht's los

Foto: AFB

Die „Weimarer Republik“ war ebenfalls *„stark genug“*, den Faschisten alle Freiheiten zu gewähren, auf Antifaschisten aber zu schießen, so geschehen am 1. Mai 1929. Wir bewegen uns durchaus in geschichtsträchtigem Kontext auf ähnliche Bedingungen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu.

Neue antifaschistische Konzepte sind dringend geboten

Die Methode, bei NPD-Aufmärschen immer wieder ohnmächtig einem riesigen Polizeiaufgebot gegenüberzustehen und als Ausdruck dieser Ohnmacht eine „pflichtschuldige“ Demo durchzuführen, ist längst an ihre Grenzen gestoßen. Die Zielsetzungen solcher Demos, ausgesprochen in Parolen wie „Der Pott stellt sich quer“ oder „Oberhausen bäumt sich auf“ signalisieren schon in der Wortwahl, dass die Realität ganz anders aussieht. Neue Konzepte sind dringend geboten!

Stephan W. Born (AFB)

den Eindruck vermitteln, dass man ja „eigentlich“ direkt gegen die NPD vorgehen wolle, um sie mit Gewalt zu vertreiben, aber bei so viel Polizisten?

Das wiederum durfte man nicht offen aussprechen, außer in der Form der Empörung über „diesen Staat“, der sich mal wieder „zum Handlanger“ der Nazis mache.

Stimmt das denn, machte sich der Staat zum „Handlanger“ der Neonazis?

Dieser Staat machte sich zu niemandes Handlanger - er verteidigte nur, was er immer tut, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, sprich die aktuelle politische Form der kapitalistischen Produktion, in deren Interesse es nun gerade liegt, den Polizeiapparat als klassen- und interessenunabhängige Instanz erscheinen zu lassen.

Die Polizei „tat nur ihre Pflicht“,

Die Zahl der Gegendemonstranten war so groß, dass die Neonazis abgeschirmt werden mussten und weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit marschierten. So war die Polizei zwar gezwungen, die Faschisten zu schützen. Doch das zeigt nur, dass unsere Demokratie stark ist - so stark, dass sie es sich leisten kann, sogar die Sicherheit ihrer Feinde zu garantieren.“

Dass die Polizei die „Öffentlichkeit ausschloss“, kommt dem Kommentator ohne Be- und Nachdenken über die Lippen - in dem von der Polizei abgesperrten Gebiet hatten allein die „Feinde der Demokratie“ das Recht zu demonstrieren, alle anderen hatten Passier- und Durchfahrtsverbot. Wer doch von seinem „Grundrecht“ Gebrauch machen wollte, wurde von der Polizei eingekesselt - einzig und allein, um den „Feinden der Demokratie“ ihr

Theater Kunst

BALANCE

Jonglieren Artistik

Fahrräder

Bochum 1205152 Korfumstr. 5

Öffnungszeiten: 10^h-18^h

Sonntags 10^h-14^h & langer Samstag

HUMANITÄRE GRUNDSÄTZE IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK BEACHTEN

Unter diesem Titel initiierten Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Christian Schwarz-Schilling (CDU/CSU), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses, Heide Mattischek (SPD) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), ebenfalls Mitglieder des Menschenrechts-Ausschusses, einen Appell gegen die zur Zeit anlaufende Massenabschiebung von Flüchtlingen in den Kosovo und nach Bosnien-Herzegowina. Wir dokumentieren im folgenden den Appell an die Bundesländer und an Innenminister Otto Schily im Wortlaut:

„Krieg und Genozid im ehemaligen Jugoslawien haben Anfang der 90er Jahre mehr als 350 000 Flüchtlinge und Vertriebene aus Bosnien und Herzegowina nach Deutschland gebracht. Über 300 000 sind aus Deutschland wieder ausgewandert. Die Innenministerkonferenz hat sich im Grunde daran gehalten, dass so genannte „Problemgruppen“ vorerst nicht zur Ausreise aufgefordert werden. Die etwa 50 000 verbliebenen Bosnier gehören weitgehend dieser Gruppierung an. Die Innenminister haben zunächst „Problemfälle“ von Flüchtlingen bei der Rückführung ausgenommen, z.B. wenn es sich um Traumatisierte, ehemalige Lagerhäftlinge oder Zeugen des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag handelte. Diese Personen sind jedoch seit kurzem ebenfalls von zwangsweiser Rückführung bedroht.

Auch die Rückkehr der Kosovo-Albaner, die teilweise weit vor der Zeit des Kosovo-Krieges als Gastarbeiter oder als Asylsuchende nach Deutschland gekommen sind, tritt jetzt in ein entscheidendes Stadium. Nach Ankündigungen der Innenminister von Bund und Ländern sollen ausreisepflichtige Personen bis zum Ende des Jahres in den Kosovo „zurückgeführt“ werden, wobei mit zwangsweisen Rückführungen in größerem Umfang ab Frühjahr dieses Jahres begonnen werden soll. Ausgenommen werden sollen Angehörige bedrohter Minderheiten wie z.B. Serben, Roma und Aschkali. Unserer Meinung nach sollte folgender Personenkreis in Zukunft von Ausreiseaufforderungen verschont werden, und falls bereits Ausreiseaufforderungen ergangen sind, sollten diese zurückgezogen werden:

1. Behinderte, Kranke, alleinstehende Alte, Mütter mit Kleinkindern sowie unbegleitete Minderjährige.
2. Traumatisierte mit fachärztlicher Beurteilung.
3. Ehepaare, die verschiedenen Ethnien angehören und deshalb jetzt in ihrer früheren Heimat nicht gemeinsam leben können.
4. Lagerinsassen, die während des Bürgerkrieges oder des Genozids inhaftiert waren.
5. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, die sich der Beteiligung an völkerrechtswidrigen Aggressionen und Verbrechen entzogen haben.
6. Zeugen in Kriegsverbrecherprozessen, insbesondere des Haager Tribunals.
7. Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen sind und die weitgehend integriert sind.

Des Weiteren müssen folgende Gruppen wegen der Verhältnisse vor Ort von den Ausreiseaufforderungen ausgenommen werden, sofern die Betroffenen nicht selbst zurückkehren wollen:

1. Minderheiten, deren Heimat früher oder erst heute mehrheitlich von einer anderen Ethnie bewohnt wird, die sich gegen die Rückkehr dieser heutigen Minderheit wehrt.
2. Roma und Aschkali, die überall Minderheiten und fast überall Gejagte sind.

Im Rahmen einer Einzelfallprüfung, die mit den Behörden des Heimatlandes und den internationalen Organisationen vor Ort abgestimmt werden sollte, müssen aus unserer Sicht folgende Minimal Kriterien berücksichtigt werden:

1. Die Sicherheit für Rückkehrwillige, die einer ethnisch/religiösen Minderheit angehören.
2. Die Minensituation und eventuell notwendige Maßnahmen.
3. Existenzmöglichkeit für die Person oder Familie, um ein Mindestmaß sozialer Überlebenschancen zu gewährleisten.
4. Zustand des Gebäudes im Heimatort, in das die Person zurückkehren soll bzw. geplante oder schon durchgeführte Rekonstruktionsprogramme.

Für Personen, die aus den eben genannten Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren können, müssen nach einer Einzelfallprüfung Möglichkeiten für einen längerfristigen Aufenthalt mit einem gesicherten Rechtsstatus in Deutschland geschaffen werden. Insofern muss die gegenwärtige Regelung der Innenminister durch die Möglichkeit eines dauerhaften Bleiberechts ergänzt werden. Wir bitten Sie nachdrücklich, sich dieser Fragen jetzt anzunehmen. Wir halten die Befassung der Ministerpräsidenten mit diesem Problem für eine Angelegenheit, die sowohl dem Länderinteresse wie auch den Interessen der Bundesrepublik Deutschland dient.“

LUFTHANSA IN DER KRITIK

Kampagne gegen Geschäft mit Abschiebungen

Das bundesweite Netzwerk „kein mensch ist illegal“ stellte am 2. April 2000 die Kampagne „Deportation Class - gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ vor. „Wir werden auf die Profiteure des schmutzigen Geschäfts Druck machen“, sagte Jan Hoffmann, Aktivist der Kampagne.

Worum geht es dabei?

Die Kampagne richtet sich gegen die Deutsche Lufthansa, weil sie ihre Flugverbindungen in die ganze Welt für Abschiebungen zur Verfügung stellt und sich so zum willfährigen Handlanger der brutalen Abschiebepaxis macht.

„Die Bedeutung der Lufthansa für die Abschiebemaschinerie ist immens“, stellte Hoffmann fest. Die Airline ermöglicht es den Abschiebebehörden, „zu jedem Zeitpunkt an fast jeden Ort der Welt eine Abschiebung durchzuführen“. Genaue Zahlen über Abschiebungen mit der Deutschen Lufthansa liegen dem Netzwerk „kein mensch ist illegal“ nicht vor: „Der Konzern kennt angeblich keine Zahlen. Wir gehen aufgrund unserer Recherchen von mehreren tausend Abschiebungen pro Jahr aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern unter Nutzung von Lufthansa-Maschinen aus. Es ist kein Zufall, dass die Todesfälle bei Abschiebeflügen aus Deutschland in Lufthansa-Maschinen geschehen sind.“

Auch die Rolle der Lufthansa bei den Kriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten sowie der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen in Lufthansa-Standorten wird von „kein mensch ist illegal“ angeprangert.

„Kein Wunder, dass die Lufthansa möglichst schnell und geräuschlos dem Entschädigungsfond beigetreten ist“, heißt es in der von „kein mensch ist illegal“ verbreiteten Kampagnenzeitung „Deportation Class“.

Für vorgeschoben hält das antirassistische Netzwerk die Behauptung der Lufthansa, sie sei zur Beförderung von Abzuschiebenden verpflichtet: „Das wird nicht dadurch richtig, dass es dauernd wiederholt wird. Eine gesetzliche Beförderungspflicht besteht nur als sogenannte Rückbeförderungspflicht im Fall der Einreiseverweigerung am Flughafen sowie in den wenigen Fällen einer gestatteten Einreise zur Durchführung eines Asylverfahrens nach einer regulären Kon-

trolle - vorausgesetzt, die Behörden können die Einreise mit einer Lufthansa-Maschine nachweisen.“

Im übrigen stehe es der Lufthansa als Privatunternehmen frei, an wen sie ihre Tickets verkaufe.

„Der tödliche Abschiebeflug des Aamir Ageeb erfolgte aus rein privatwirtschaftlichem Interesse“, erklärte Claudia Mai, Mitarbeiterin von „kein mensch ist illegal“. Wenn die Lufthansa bereits Flüge fast zum Nulltarif anbieten müsse, könne sie vermutlich froh sein, wenn für Abzuschiebende reguläre Preise für Linienflüge gezahlt würden. „Die Lufthansa nimmt einfach jedes Geschäft mit“, vermutet Frau Mai.

„kein mensch ist illegal“ trat zunächst mit der Kampagnenzeitung und dem Plakat „Deportation Class“, dem Gewinner-Entwurf eines Plakatwettbewerbs, an die Öffentlichkeit. Erste Aktionen fanden statt:

Nach einer erfolgreichen Auftaktaktion auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) in Berlin wurden vom 7. bis 15. April Aktionen auf verschiedenen Lufthansa-Standorten durchgeführt. Vom 26. bis 28. Mai wird die Kampagne mit Veranstaltungen an den am 28. Mai 1999 auf dem Lufthansaflug von Frankfurt nach Khartoum/Sudan getöteten Flüchtlings Aamir Ageeb erinnern. Und auch die Hauptversammlung der Lufthansa-Aktionäre am 15. Juni in Berlin kann sich wie im vergangenen Jahr des Besuchs kritischer AktionärInnen sicher sein, kündigte Frau Mai an.

Kontakt: Netzwerk „kein mensch ist illegal“,
Siebachstr. 85, 50733 Köln, Tel. 0172-8910825,
Fax 06181-184892, Email: grenze (a)ibu.de.http://
www.deportation-alliance.com

Anzeigen

Attatrol
Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



Partner der
Büchergilde

BUCHLADEN
TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

KRANICH UNTERM HAKENKREUZ

Die „Deutsche Lufthansa“ beteiligte sich am Angriffskrieg der Nazis und profitierte von der Zwangsarbeit

„Adolf Hitler fliegt durch Deutschland ! Die Bewegung chartert ein Sonderflugzeug der Deutschen Lufthansa. Eberhard Milch, heute Staatssekretär der Luftfahrt, damals Direktor der Deutschen Lufthansa, weiß, dass es nur einer der Besten seiner Flugkapitäne sein kann, dem er das Sonderflugzeug des Führers anvertraut, zugleich aber auch ein Nationalsozialist, Hansl Baur. Er soll der Führer fliegen. Und er fliegt ihn.“ (Joachim Matthias, Kameraden der Luft, 1938).

Die Stiftung der deutschen Industrie für die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen hat bislang bekanntlich nur wenige Mitglieder. In ihr sind vor allem Firmen und Konzerne vertreten, die einen internationalen Imageschaden befürchten, wenn ihr Engagement in Sachen Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen allzu bekannt wird.

Die „Deutsche Lufthansa“, der „Diener von Volk und Staat“, so der „Ehren“titel in Nazi-Deutschland, hatte allen Grund, möglichst leise und geräuschlos dem Fond beizutreten, denn welcher international Reisende wäre begeistert, wenn er Einzelheiten über das Wirken der Lufthansa in Nazi-Deutschland erführe. Denn hinter dem Einsatz der ZwangsarbeiterInnen verbirgt sich die Verstricktheit der deutschen Zivilluftfahrt in Kriegsvorbereitungen der Naziherrschaft. Die Lufthansa war seit ihrer Gründung 1926 integraler Bestandteil der geheimen Rüstungsprogramme. Mit der Machtübernahme der Nazis beschleunigten sich die Anstrengungen, eine kriegsfähige Luftwaffe zu entwickeln. Hermann Göring und sein Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, Erhard Milch, der ehemalige Direktor der Lufthansa, waren die zentralen Figuren bei der geheimen Aufstellung der deutschen Luftwaffe. Unter der Ägide von Milch wurden die Zivillflugzeuge der Lufthansa seit 1933 als sogenannte Behelfsbomber im Krisenfall eingeplant. Sehr früh wurde die Lufthansa zur inoffiziellen Transportlinie für Agenten und Militärpersonal. 1936 schickte die Lufthansa im Auftrag der „Führers“ Flugzeuge für Francos Truppen in den Spanischen Bürgerkrieg. Sie wurden in der Lufthansa-Werkstatt Böblingen gewartet und durch Lufthansa-Piloten im Direktflug nach Sevilla überführt. 1938, zu Beginn der „Sudetenkrise“, standen Lufthansa-Flugzeuge mit 55

Mannschaften auf den Flughäfen für den Fall bereit, dass die Besetzung des „Sudetenlandes“ auf Widerstand stoßen sollte. Diese „Friedenseinsätze“ wurden nach dem offiziellen Kriegsbeginn noch erheblich ausgeweitet: Besetzungen der Lufthansa beteiligten sich mit ihren Flugzeugen an Militäroperationen und geheimen Kommandounternehmungen.

So wundert es nicht, dass die „Lufthansaten nach dem verlorenen Krieg wie SS-Leute behandelt wurden.“ (Rudolf Braunburg: Die Geschichte der Lufthansa). Ab Kriegsbeginn arbeiteten die Werkstätten der Lufthansa ausschließlich für die Luftwaffe. In diesen „kriegswichtigen Betrieben“ wurden sehr schnell auch die ersten Kriegsgefangenen und zivilen „Fremdarbeiter“ zur Arbeit gezwungen. Verbürgt ist der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen in München. Dort mussten 248 Kriegsgefangene arbeiten. In Lübeck unterhielt das Luftwaffenzeugamt zusammen mit der Lufthansa drei Lager für zivile „FremdarbeiterInnen“ mit 480 Personen. In Echterdingen bei Stuttgart waren 247 holländische Zwangsarbeiter am Flughafen zur Wartung der Flugzeuge eingesetzt. 1942 wurden noch einmal zusätzlich 477 RussInnen - unter ihnen auch 41 Kinder - in das Lager der Lufthansa am Flughafen Echterdingen verschleppt. Die Verantwortlichen der Lufthansa für die Zwangsarbeit wurden nach dem Krieg nicht belangt. Nur der schon genannte Eberhard Milch wurde im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wegen zahlreicher Kriegsverbrechen zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, aber schon 1954 begnadigt. Die ZwangsarbeiterInnen aus den Lagern der Lufthansa warten hingegen schon seit 55 Jahren auf Entschädigung.

(aus: **Deportation Class**“, Ausgabe März 2000)

Anzeige

Schallplattenversand Matthias Henk Postfach 11 04 47 28207 Bremen Der Antifa Platten Versand

ANTIFA CD'S aus Holland: XTREM mit Smut, Roggel, No Men, Odi Odi u.v.a. (mit Aufkleber, Aufnäher) CD DM 22,00 Sampler: Gramschap 1978-1986 Door Mekaar, Zowiso, The Ex, Baader Pop Gruppe, Draske, Kess u.v.a. DCD DM 33,00 *Erhältlich per*



Post oder: Buch-/CD-Laden: "Hamburger Allee", Hamburger Allee 35, 60486 Frankfurt/Main oder Boekhandel Rosa, Folkingedwardsstraat 16A, 9701 JA Groningen- Niederlande Bestellt den Katalog! Lieferung per Vorausrechnung + Porto Tel.&Fax:0421-4988535 E-mail: JUMPUP@t-online.de

Dortmunder Demonstration gegen FAP-Nachfolger: „NORDSTADT GEGEN RECHTS“

Am Nachmittag des 1. Mai 2000 fand in der Dortmunder Nordstadt eine Demonstration gegen den durch die Wahl zweier DVU-Mitglieder in den Dortmunder Stadtrat bei den letzten Kommunalwahlen ermutigten Versuch von Stiefelfaschisten, nach ihrem schmachvollen Abgang vor rund 15 Jahren in Dortmund erneut Fuß zu fassen, statt. Teil an dieser von den Nordstadt-Grünen angeregten und erst wenige Tage zuvor angekündigten Demonstration nahmen etwa 700 Menschen.

Unmittelbarer Anlaß war eine von Nazi-Skinheads betriebene Hetzjagd auf zufällig ausgewählte Menschen, die sie offenbar an Hand äußerer Merkmale als Nichtdeutsche eingestuft hatten. Das war am Karfreitag, dem Tag, an dem Antifaschisten aus mehreren Ländern Europas jedes Jahr am Bittermarkdenkmal der am Karfreitag 1945 kurz vor dem Einmarsch der US-Armee im Dortmunder Rombergpark von der Gestapo ermordeten Regimegegner gedenken. Und die Tatsache, daß dies ausgerechnet an diesem Tag geschah, wurde als zusätzliche Provokation begriffen.

Seit Wochen macht eine faschistische Bande im Dortmunder Norden die Straßen unsicher. Verstärkt durch Leute auch aus anderen Städten, sucht sie sich geeignete Plätze aus, um dort vorbeigehende Menschen, die aufgrund ihres Aussehens und ihrer Nationalität nicht in ihr Ordnungsbild passen, zu belästigen, anzupöbeln und körperlich anzugreifen. Zuvor gehen sie in Knei-

sie seit Herbst 1999 wiederholt frequentierten, sind sie nach dem polizeilichen Eingreifen (siehe AntifaZ 82) und der Schließung dieser Gaststätte durch das Ordnungsamt vorläufig gescheitert.

Wie die relativ starke Beteiligung an der Demonstration zeigt, sind viele Nordstadtbewohner bereit, sich gegen die Faschisten zur Wehr zu setzen. Im Aufruf „Nordstadt gegen rechts“, unter dem über 35 im Dortmunder Norden ansässige Gruppen und Institutionen stehen (darunter außer den Grünen die Parteien CDU, SPD, DKP und PDS) heißt es: „Schon einmal, im Jahre 1985, haben Faschisten mit der Freiheitlichen Arbeiter-Partei (FAP) versucht, in Dortmund ein Zentrum zu errichten. Die geschlossene Haltung und wochenlange antifaschistische Aktionen der Dortmunder Bevölkerung verhinderten dieses Vorhaben. ... Wir lehnen Faschisten hier in der Nordstadt, in Dortmund und anderswo ab und dulden ihre Gewalt nicht.“

Der Demonstrationzug bewegte sich vom Vorplatz der St.-Josefskirche durch die Münsterstraße, Mallinckrodtstraße, Schützenstraße nordwärts bis zum Fredenbaumpark, von dort wieder auf die Münsterstraße bis zur Ecke Lortzingstraße, wo der Überfall am Karfreitag stattfand, in Richtung Nordmarkt, wo er endete. In die Demonstration reihten sich auch zahlreiche Menschen nichtdeutscher Herkunft ein, wobei mir besonders DIDF und die Aleviten auffielen. Auch der DGB hatte bei seiner Abschlußkundgebung zum 1. Mai zur Teilnahme aufgerufen.

Zum Auftakt wandte sich der neugewählte Dortmunder Oberbürgermeister Gerhard Lange-meyer an die Demonstrierenden: „Wir müssen dafür sorgen, daß der unrechte Geist von rechts nie wieder eine Grundlage bekommt.“ Mark Rudolf von den Grünen sah „das Maß ... voll“, warb für ein „respektvolles Zusammenleben“ und versprach: „Wir werden unsere Nachbarn mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln schützen.“ An der Ecke Mallinckrodtstraße/Schützenstraße hielt vom Lautsprecherwagen aus eine Wahlkandidatin der MLPD eine kurze Ansprache an die Demonstrierenden und zuhörenden Anwohner. Sie kritisierte, daß die Dortmunder Vertreter im Landtag NRW der Demonstration ferngeblieben waren und keine der dort vertretenen Parteien



700 Menschen demonstrierten Foto: Foltynowicz

pen, saufen sich dort Mut an und schallern, wenn sie sich stark genug fühlen, z.B. das Horst-Wessel-Lied. Dann gehen sie dazu über, kurzzeitige „national befreite Zonen“ zu errichten, um so Unruhe und Unsicherheit bei der großenteils aus Nichtdeutschen bestehenden Nordstadt-Bevölkerung zu verbreiten.

Sie sind offenbar noch auf der Suche nach einer geeigneten Stammkneipe, von der aus sie sich betätigen könnten. Mit dem „Schützeneck“, das

dafür ist, die Organisationen und Propaganda der Faschisten zu verbieten. Für ein solches Verbot wolle sie sich einsetzen. MLPD-Genossinnen und -Genossen verteilen unterdessen den MLPD-Aufkleber „Verbot aller faschistischen Organisationen!“

An der Ecke Lortzingstraße/Münsterstraße hielt der Betriebsrat Willi Hoffmeister eine Ansprache. Er verwies darauf, daß Parolen insbesondere von CDU- und CSU-Größen für die Faschisten Wasser auf die Mühlen sind und diese nicht von ungefähr einige dieser Sprüche in ihren Wahlplakaten übernommen haben, wie etwa den Rüttgers-Slogan „Kinder statt Inder“. Sinngemäß sagte er, was auch in dem Flugblatt von DKP und SDAJ zum Ausdruck kam: „Systematisch werden 'die Ausländer' zum Feindbild aufgebaut, sie seien 'kriminell und drogensüchtig', nehmen 'unsere' Arbeitsplätze, 'unsere' Wohnungen, leben von 'unseren' Geldern. Da ist dann z.B. nicht die staatlich geförderte Verknappung von Wohnraum, sind nicht etwa Spekulanten und Miethaischuld am Wohnungsmangel und an den Mietsteigerungen, sondern 'die Ausländer'. Da gibt es auch noch andere 'Probleme', gegen die sich die sogenannte 'Volksgemeinschaft' zur Wehr setzen muß: gegen 'streikende ArbeiterInnen, japanische Autos, Kommunisten, Chaoten, und alles, was alternative Züge in sich trägt'. Im Kielwasser staatlicher Politik betreiben die von den Wählerzahlen bis jetzt eher unbedeutenden faschistischen Parteien rassistische Hetze dreister denn je, dient doch die vom Staatsapparat propagierte Sündenbocktheorie anscheinend bestens dazu, von den wahren Ursachen für Armut, Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot usw. abzulenken und nun in der Krise Teile des Kleinbürgertums und Teile der ArbeiterInnenklasse in ihre Arme zu

treiben. Wenn dann in den bürgerlichen Medien propagiert wird, daß die ArbeiterInnenklasse Faschisten wählt, in der Hoffnung, daß die ihre 'Probleme' besser lösen, so soll damit ein weiterer Spaltungskiel in die ArbeiterInnenklasse getrieben und vertuscht werden, daß es für die ArbeiterInnenklasse nur ein wirkliches Problem gibt: die Kapitalisten.“

Gegen die staatlichen Maßnahmen zur Massenabschiebung in Kriegs- und Krisengebiete, Zugzugsbegrenzung, weiteren Aushöhlung des Asylrechts und Einwanderungssteuerung bei entsprechendem Bedarf der Kapitalisten forderte die DKP in ihrem Flugblatt „Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!“

Die den Zug begleitenden Polizisten brauchten nicht tätig zu werden. Faschisten ließen sich nirgendwo blicken. Der Aufruf der Polizei an die von den faschistischen Angriffen Betroffenen, sich bei ihr zu melden und Anzeige zu erstatten, war allerdings ohne sonderlichen Erfolg geblieben; einen wirklichen Schutz gegen weitere Schikane durch die Nazis traut man der Polizei, die erst nach der Hetzjagd am Karfreitag am Tatort erschienen war und 16 der Täter vorübergehend festgenommen hatte, offenbar nicht zu.

Die Lokalpresse berichtete positiv und relativ ausführlich über die Demonstration, wobei sie insbesondere die Teilnahme und Worte von Langemeier und die Vorstellungen der Nordstadt-Grünen zum Thema hervorhob.

Wer den weiteren Widerstand gegen die Faschisten im Dortmunder Norden unterstützen will, ist zum ersten Arbeitstreffen der Initiative für ein „Bündnis gegen rechts“ am 31. Mai ab 19 Uhr in der Gaststätte „Lichtemeier“ eingeladen.

KD

Anzeigen

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle



Informationen
Betrieb in Selbstverwertung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME

Naturkost . Naturwaren



Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
 am Hauptbahnhof
 Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
 Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- ◆ Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- ◆ Party- und Veranstaltungsservice
- ◆ Vollwertbuffets
- ◆ Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- ◆ Große Auswahl an ökologischen Weinen
- ◆ Regelmäßige Weinproben
- ◆ Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- ◆ Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- ◆ Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

**NATUR
KOST&WAREN**

DER VÖLKERMORD AN DEN ARMENIERN

Vor 85 Jahren begann die systematische Vernichtung des armenischen Volkes durch das Osmanische Reich
Deutsche Mittäterschaft stets verschleiert

Vor 85 Jahren, am 24. April 1915, begann mit der Verhaftung der armenischen Eliten im Osmanischen Reich ein Völkermord an den Armeniern, der innerhalb von eineinhalb Jahren mehr als eine Million Menschen das Leben kostete.

Anfangs wurde das Ganze als „Deportation in kriegsnahe Zonen“ ausgegeben, dem Deutschland zugestimmt hatte.

Sehr schnell wurde allerdings klar, dass in Wahrheit die Vernichtung der Armenier das Ziel war. In den Schwarzmeerstädten luden die Mörder die armenische Bevölkerung auf Kähne und versenkten sie im Meer, in der Region von Bitlis und Musch trieben sie sie in Scheunen und zündeten diese an. In der Nähe einiger mittelanatolischer Städte trennten sie die Männer von den restlichen Deportierten und töteten sie auf der Stelle.

Frauen, Kinder und Alte wurden zu langen Märschen in die syrische Wüste getrieben, auf denen die meisten verhungerten, verdursteten oder an Entkräftung starben.

Der Völkermord

Der Völkermord an den Armeniern war der erste im 20. Jahrhundert und ein Vorgänger des Holocaust.

Verantwortlich war das Osmanische Reich, mitverantwortlich der damals wichtigste Verbündete, das deutsche Kaiserreich.

Wurde in den Ländern der Entente während des 1. Weltkrieges ausführlich über den Völkermord berichtet, herrschte im osmanischen und im deutschen Reich die Totschweigetaktilik. Nach dem Krieg änderte sich dies: Die Länder der Entente schwiegen mehr und mehr, weil sie Verbindungen zu Kemal Atatürk planten. In der Türkei und Deutschland dagegen geriet man unter Rechtfertigungszwang und berichtete nun über den Völkermord.

Als das Schicksal des Osmanischen Reiches noch in der Schwebelage lag, unmittelbar nach Ende des 1. Weltkrieges, ermittelten sogar Istanbuler Staatsanwälte gegen die Verantwortlichen des Völkermords, stellten belastende Dokumente sicher und es kam zu mehreren Prozessen.

Als sich jedoch Atatürk mit den westlichen Siegermächten geeinigt hatte, verschwanden nicht nur die Akten, auch einer der damaligen Richter musste nach Ägypten emigrieren.

Nicht wenige der Profiteure am Völkermord stiegen in einflussreiche Posten auf - was bis heute verheerende Folgen hatte: Der Völkermord an den Armeniern wurde vom Türkischen Staat zum Tabu erklärt. Selbst kritische Intellektuelle

halten sich bis heute in der Türkei an dieses Stillschweigen.

In Deutschland wurden dagegen bereits ein Jahr nach Kriegsende die Akten des Auswärtigen Amtes zu dem Thema veröffentlicht - und damit der Völkermord dokumentiert.

Ein großer Freund der Armenier, Pfarrer Johannes Lepsius, gab 1919 im Auftrag des Außenministeriums insgesamt 444 Aktenstücke heraus, die - so schien es zumindest - auf alle Fragen über den Genozid erschöpfende Antworten gaben.

Der manipulierte Bericht

Die Deutschen waren die wichtigsten Verbündeten der Türkei im 1. Weltkrieg und bestens über die Verbrechen in Anatolien und in der syrischen Wüste informiert, wie Lepsius in seinen Veröffentlichungen belegt. Allerdings verschweigt er auch Wesentliches:

Er oder seine Auftraggeber hatten so gut wie alle Stellen gestrichen, die über die wirkliche Rolle des Deutschen Reiches Auskunft gaben. Nur wenigen Forschern fielen diese Lücken auf

Seit etwa eineinhalb Jahren liegt im Internet (home.t-online.de/home/wolfgang.gust) eine revidierte Fassung der meisten Lepsius-Dokumente vor, die alle Auslassungen und wichtige Veränderungen kenntlich macht.

Der Trend der Manipulationen ist ziemlich eindeutig: In Erwartung harter Friedensverhandlungen in Paris ging es Lepsius und seinen Auftraggebern hauptsächlich darum, eine deutsche Mitschuld zu verschleiern.

So wurden beispielsweise alle Hinweise auf eine deutsche Unterstützung bei militärischen Aktionen gegen die Armenier gestrichen, wie die Teilnahme an der Niederschlagung angeblicher Aufstände in Urfa und Zeitun, oder deutsche Ratschläge wie die zur Entwaffnung armenischer Rekruten.

Gestrichen wurden auch Passagen, nach denen auch Deutsche die Urheber von Deportationen gewesen seien und über die Empörung türkischer Bürger oder Militärs über die deutsche Einmischung.

Ausgelassen wurden auch alle Stellen, in denen deutsche Vertreter Verständnis für die türkischen Maßnahmen zeigten. Unterschlagen wurden die Instruktionen der deutschen Botschaft, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen.

Um das negative Türkei-Bild abzurunden, wurden auch alle Berichte über Proteste der muslimischen Bevölkerung gegen den Genozid weggelassen.

Deutschlands Diplomatie berichtete ausführlich über die Vorfälle, empörte sich auch gelegentlich über die Verbrechen, hatten aber keinerlei Macht, diese zu verhindern.

Die deutschen Militärs hätten diese Macht gehabt, denn sie kommandierten osmanische Einheiten.

Mindestens einer der Stabschefs, der für den Bau der Bagdadbahn zuständige Offizier Boetric, unterzeichnete auch Vernichtungsbefehle.

Deutscher Bundestag ist gefordert

Nachdem mehrere westliche Parlamente den Völkermord an den Armeniern offiziell anerkannt haben, liegt jetzt ein Ersuchen des *Zentral-*

rates der Armenier an das deutsche Parlament vor.

Eine Parlamentsdebatte im deutschen Bundestag würde auch der Türkei signalisieren, dass ein weiteres Totschweigen des Völkermordes politisch nicht opportun ist. Denn seit die Türkei Beitrittskandidat zur EU ist, wird die Anerkennung des Völkermordes durch den Nachfolge-



Flüchtende in Jerewan (1922)

Foto: Informationszentrum Armenien

staat des Osmanischen Reiches zu einer Kernfrage. Nach einem Beschluss des Europaparlaments von 1987 muss sich die Türkei ihrer Geschichte stellen.

Dem Ersuchen des *Zentralrates der Armenier* angeschlossen hat sich auch der *Verein der Völkermordgegner*, der unter den in Deutschland lebenden Staatsbürgern der Türkei mehr als 10 000 Unterschriften zur Anerkennung des Völkermordes gesammelt hat.

Weil das Parlament in Ankara sogar den Empfang des Schreibens abgelehnt hat, bittet der Verein das deutsche Parlament, die Regierung der Türkei aufzufordern, die bis heute bestrittene Tatsache des Genozid zuzugeben.

Salman Uzungelis (IFV)

KUNST ZUM ÜBERLEBEN - ÜBERLEBENSKUNST

Ein Frauenprojekt in der Türkei stellt sich vor

Wir sind zehn Frauen aus Istanbul, die in der Menschenrechtsarbeit aktiv sind. Unser Zusammenschluss besteht aus Künstlerinnen, Anwältinnen und Kunstgeschichtlerinnen. Wir planen ein Projekt für Frauen, die direkt unter dem Eindruck des Krieges stehen.

Damit möchten wir ihnen ermöglichen, ihre künstlerischen Talente zu nutzen und weiterzuentwickeln, um ihre ökonomische Unabhängigkeit zu fördern. Wir möchten eine Werkstatt eröffnen, in der die Frauen zum einen Dinge des alltäglichen Gebrauchs, wie z. B. Keramikarbeiten, herstellen und später verkaufen können. Zum anderen wollen wir den Frauen die Möglichkeit geben, sich künstlerisch in Bildern und Bildhauerarbeiten auszudrücken. Wir denken, dass dies eine Möglichkeit ist, sowohl das erlebte Leiden von Krieg, Verfolgung, Folter und sexuellen Angriffen auszudrücken, als auch therapeutisch zu wirken.

Frauen in einer patriarchalischen Gesellschaft wie der Türkei sind gezwungen, unter großer Unterdrückung zu leben. Sie werden sowohl vom Staat als auch von Männern ausgebeutet, Kurdinnen erfahren doppelte Unterdrückung: Auf der einen Seite als Frauen und auf der anderen Seite als unterdrückte Minderheit.

In der Haft sind sexuelle Angriffe physischer und psychischer Natur an der Tagesordnung. Damit wird versucht, die Frauen zu zwingen, ihre Überzeugungen aufzugeben.

Durch die Dorfzerstörungen und den Terror des Militärs sind tausende kurdische Familien gezwungen, in die großen Städte der Türkei zu fliehen. Die meisten emigrierten Familien leiden unter großen sozialen und psychischen Problemen. Auch hier sind besonders Frauen betroffen. Sie sind gezwungen, in den eigenen vier Wänden zu bleiben und haben keinerlei Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diejenigen, die eine Arbeit finden können, werden unter miserablen Bedingungen in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt.

Unser Ziel ist, dass die Frauen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihr Selbstvertrauen stärken. Wir wollen ihre Begabungen fördern und sie in die Lage versetzen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten - eine unbedingte Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben!

Wir haben für die Anfangskosten ca. 350.000 DM kalkuliert. Unser Ziel ist aber, dass das Projekt sich nach einer Anfangsphase selbstständig finanzieren kann, u.a. durch den Verkauf der produzierten Kunstgegenstände.

Wir hoffen, dass ihr uns solidarisch in unserem Vorhaben unterstützt, sei es finanziell, moralisch oder durch Sachspenden, jede Form der Hilfe ist sinnvoll.

Für weitere Informationen und Rückfragen steht euch in Deutschland folgender Ansprechpartner zur Verfügung:

Rüdiger Midasch
Telefon: 0171-647 40 21
Fax: 02373-963862

Unser Kontakt in Istanbul:
Telefon: 0090-532 69 086 65
Faks: 0090-212/589 84 90

Anzeige

**Zehn Gedichte und
 zehn Zeichnungen
 aus dem Gefängnis**

von Rainer Dittrich

für 11,50 DM zu bestellen bei:

Rote Hilfe e.V.

Postfach 6444

24125 Kiel

Telefon und Fax: (0431) 7 51 41



**DIE
 ROTE
 HILFE**

DEPORTATION

„Am 31. Mai werden aus dem Bezirk der Staatspolizeistelle Hannover 1000 Juden nach dem Osten evakuiert. Aus dem ehemaligen Bezirk der Staatspolizeistelle Bielefeld (Reg. - Bez. Minden und die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe) sind für den Abtransport 325 Juden zu stellen. Die zu stellenden Juden aus den einzelnen Kreispolizeileitbezirken sind in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführt. Die Kreispolizeibehörden haben Folgendes zu veranlassen:

1. Die zur Abschiebung bestimmten Juden sind am 30.3.42 in ihren Wohnungen abzuholen und am gleichen Tag bis spätestens 12.00 Uhr nach Bielefeld zum Kyffhäuser (Am Kesselbrink), Großer Saal, zu überführen. Die begleitenden Exekutivbeamten haben die Überführung in Zivilkleidung vorzunehmen. Die Transporte sind möglichst mit der Eisenbahn durchzuführen.
 2. Vor dem Verlassen der Wohnungen der Juden hat ein Beamter das vorhandene Bargeld, Wertgegenstände (Schmuckstücke, Gold- und Silbersachen, auch goldene Uhren) - außer den Eheringen - einzuziehen. In der Wohnung des betreffenden Juden ist dann eine der beigefügten Quittungen von einem Beamten auszustellen, die von zwei Beamten und dem betreffenden Juden, bei dem die Sicherstellung erfolgte, zu unterschreiben ist. Das Bargeld und die Wertsachen sind mit der Quittung in einem Umschlag zu versiegeln und im Auffanglager in Bielefeld (Kyffhäuser) dem aufsichtführenden Stapobeamten (KOS. Pützer) abzugeben.
 3. Vor dem Verlassen der Judenwohnungen ist darauf zu achten, dass das Gas und Wasser abgestellt und das Licht ausgeschaltet ist (Verdunkelung). Lebendes Inventar ist von dort aus unterzubringen. Kosten dürfen nicht entstehen.
 4. Unmittelbar nach dem Verlassen der Wohnungen sind die Judenwohnungen zu versiegeln. Hierfür sind Siegelmarken zu verwenden. Die Schlüssel der Wohnungen sind von der OPB einzuziehen und auf dem Amt zu hinterlegen. Sie sind zusammenzubinden und mit einem Zettel, auf dem der Name und die Wohnung des Juden aufgeführt sind, zu versehen. (...)
 5. Bei der Einlieferung im Auffanglager dürfen die Juden nur im Besitz ihrer Kennkarte sein. Alle anderen Papiere sind in der Wohnung zurückzulassen. Lebensmittelkarten sind einzuziehen und an das zuständige Wirtschaftsamt abzuführen. Arbeitsbücher und Invalidenkarten sind ebenfalls einzuziehen und an das zuständige Arbeitsamt bzw. an die Invalidenversicherungsanstalt abzuführen.
 6. Die für die Evakuierung vorgesehenen Juden sind angewiesen, 25 kg Gepäck mitzunehmen. Außerdem darf für zwei Tage Verpflegung mitgenommen werden. Die Ortspolizeibehörden haben bereits am 28.3.42 das Gepäck von den Juden einzuziehen und bis zur Abfahrt aufzubewahren. Es ist vor dem Abtransport nachzuwiegen und genauestens zu durchsuchen. Das Gepäck darf keine Waffen (Schusswaffen, Sprengstoffe, Messer, Scheren, Gifte, Medikamente usw.) enthalten. Ist das Gepäck schwerer als 25 kg, ist es entsprechend zu verringern. Es ist den Juden auch zu gestatten, dass sie sich bis zu zwei Schlafdecken, die aber in dem Gewicht von 25 kg enthalten sein müssen, mitnehmen dürfen. (...)
- (Richtlinien für die Deportation, in: Gerhard Schoenberger, Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933 - 1945, Hamburg 1960, S. 104)

Die Deportation von Millionen jüdischer Europäer bildeten eine organisatorische Voraussetzung für den Holocaust. Aus mehreren Gründen hatten die Nationalsozialisten beschlossen, dass viele Juden nicht in ihren Heimatgebieten ermordet werden sollten, sondern in eigens

errichteten Tötungslagern in Polen. Vor allem war es Hitler und den anderen NS-Führern klar, dass die Morde in gewisser Heimlichkeit durchgeführt werden müssten. So konnte man die Juden in West-, Mittel- und Südeuropa nicht in ihren Heimatländern ermorden, weil die deutschen Besatzer auf Zusammenarbeit mit der dortigen Zivilbevölkerung angewiesen waren. In Teilen Polens, in der Sowjetunion und den baltischen Ländern dagegen wurden viele Juden öffentlich und in der Nähe ihrer Wohnstätten massenhaft erschossen. Auch hier aber erschien es den Verwaltern des Völkermordes bald praktischer, die Opfer in Tötungslager zu deportieren: Der Massenmord in den Lagern war industrieller, schneller und unpersönlicher als das direkte Erschießen, das die mordenden Polizisten und SS-Angehörigen stärker belasten konnte.

Das gut ausgebaute europäische Eisenbahnnetz machte es möglich, Transporte aus allen Ecken Europas nach Polen durchzuführen. Wenn man die Mehrzahl der über eine Million Juden, die allein nach Auschwitz-Birkenau transportiert wurden, dort nicht ermordet hätte, dann wäre dieser kleine Ort eine der größten Städte Europas geworden.

„Umschlagplatz“

In oder neben einigen Ghettos gab es einen „Umschlagplatz“, meist ein Marktplatz oder eine größere freie Fläche. In kleineren Ghettos nutzte man den Platz für „Selektionen“, bei denen entschieden wurde, welche Menschen zur Ermordung fortgeschafft werden sollten und welche weiterhin für Sklavenarbeit „nutzbar“ schienen. In den größeren Ghettos lag dieser Platz oft an Eisenbahnlinien. Um Deportationen aus Warschau zu erleichtern, wurde sogar extra ein Eisenbahngleis zum Umschlagplatz des Ghettos gelegt.

Die Massendeportationen aus dem Warschauer Ghetto nach Treblinka begannen am 23. Juli 1942. Jeden Tag trieb man im Ghetto tausende Juden zusammen, eine Aufgabe, die der jüdische „Ordnungsdienst“ zusammen mit der SS und deren ukrainischen, lettischen und litauischen Hilfstruppen ausführen musste. Die täglich zu erfüllende Anzahl lag bei 6000 bis 7000 Menschen. Es gab Razzien und ganze Häuser und Straßenzüge wurden deportiert. Andere Opfer wurden zum Umschlagplatz gelockt, indem man ihnen versprach, sie würden dort Brot bekommen.

Am 5. und 6. August 1942 wird der Arzt und Pädagoge Janusz Korczak zusammen mit 200 elternlosen Kindern aus einem Kinderheim im Ghetto nach Treblinka deportiert. Korczak hat das Angebot, sich selbst durch Übertritt auf die „arische“ Seite zu retten, abgelehnt. Er geht an der Spitze der Kolonne mit einem Kind auf dem Arm und einem Kind an der Hand durch das gesamte Ghetto zum Umschlagplatz.

Auf dem Umschlagplatz mussten die Menschen mitunter mehrere Tage warten, bis leere Güterwagen zur Verfügung standen. Es gibt viele erhaltene Zeugenaussagen über die fürchterlichen Zustände in diesem Warteraum des Todes. Bis Mitte September 1942 wurden allein von diesem Platz am Warschauer Ghetto mehr als 260 000 Menschen in die Tötungslager deportiert. Die letzten Transporte nach Treblinka fanden im Zusammenhang mit dem Ghettoaufstand im April und Mai 1943 statt - danach gab es in Warschau keine jüdische Bevölkerung mehr.

Ein Platz voller Blut und Tränen

Halina Birenbaum hat den Holocaust überlebt. Sie gibt uns eine Augenzeugenschilderung vom Umschlagplatz:

„Wir wurden zum Umschlagplatz geführt. Zu diesem hundertmal verfluchten Platz, der mit Blut und Tränen getränkt war und erfüllt vom Kreischen der Lokomotiven, die hunderttausende von hier aus zur Endstation ihres Lebens brachten.“

Die verzweifelte und bis zum Äußersten erregte Menge drängte sich auf dem weiten Platz. Die Grenze des Platzes bildete ein großes Gebäude, das vor dem Krieg eine Schule beherbergt hatte. Die hierher getriebenen Menschen waren zum größten Teil Arbeiter aus den Baracken und von auswärtigen Arbeitsplätzen auf der arischen Seite, alle Inhaber von Ausweisen, die bis vor kurzem noch das 'Lebensrecht' garantiert hatten. Als sie heute zur gleichen Zeit, wie immer unter SS-Bewachung, in ihre Wohnungen zurückkehrten, aus denen schon vorher ihre Angehörigen und ihr Hab und Gut verschleppt worden waren, gerieten sie in die Falle. Eine hohe Mauer und eine lebende Sperre von Polizisten und Nazis, die nicht einmal so zahlreich, dafür aber bis an die Zähne bewaffnet waren, trennten uns vom Ghetto und seinen Schlupfwinkeln. Dort waren mein ältester Bruder und meine Tante mit ihrer Tochter zurückgeblieben, sie hatten heute nicht mit uns hinaus auf die Straße gehen wollen. Angespannt warteten wir, was geschehen würde, und hielten Ausschau nach einem möglichen Fluchtweg. Mein Vater drückte uns an sich und küsste meine Mutter, meinen Bruder und mich. Er hielt uns krampfhaft mit der Hand fest und ließ uns keinen Schritt von ihm weichen, vor allem meine Mutter nicht, die sich unentwegt hin- und herwand, weil sie versuchen wollte, uns irgendwie aus diesem Gedränge herauszuschaffen und ins Innere des Schulgebäudes zu schmuggeln, wo die Ambulanz und ein Posten der jüdischen Polizei untergebracht waren. Dort wollte sie uns verstecken und auf keinen Fall zulassen, dass wir in die Waggons getrieben würden. Mein Vater war so aufgeregt und bestürzt, dass er an Rettung nicht einmal denken konnte. Er war nur noch dazu im Stande, den Nazis seinen Passierschein vorzuweisen; bis zum letzten Moment glaubte er daran, dass dieser Schein uns allen die Rettung bringen würde. Er hatte Angst. Er meinte, dass Ungehorsam gegenüber den SS-Leuten unseren Untergang nur beschleunigen würde. Meine Mutter war anders. Deshalb hielt ich mich immer an sie, fest davon überzeugt, dass sie einen Ausweg aus jeder schlimmen Situation finden würde. In der Gegenwart meines Vaters empfand ich genau das Gegenteil. Und hier auf dem Umschlagplatz erging es mir ebenso.

Um diese Zeit standen nie Waggons bereit. Wir glaubten, die ganze Nacht dort zubringen zu müssen, bis in der Frühe ein Zug eintreffen würde. Das bot gewisse Chancen zur Flucht, zu Rückkehr ins Ghetto, auf unseren Dachboden.

Plötzlich bemerkten wir, dass sich die Nazis mitten auf dem Platz vor uns aufgestellt hatten und Maschinengewehre auf diese riesige, dicht zusammengedrückte Menschenmenge gerichtet hielten, die mit einem schreckerfüllten Raunen darauf reagierte. Allen war klar, was das zu bedeuten hatte, doch keiner wagte aufzuschreien oder in lautes Weinen auszubrechen. Wieder herrschte diese unruhige, spannungsgeladene Stille. Wir umarmten uns; meine Eltern, Chilek und ich sahen uns an, als sollte es das allerletzte Mal sein; jeder wollte das Bild derer, die ihm am nächsten waren, mit in die völlige Finsternis nehmen. Alles andere, alles, was wir bisher erlebt und um das wir gekämpft hatten, war nicht mehr wichtig. Während mein Vater nur halb bei Besinnung war, wirkte meine Mutter ruhig wie immer. Sie lächelte mich sogar an. 'Hab' keine Angst!', flüsterte sie mir zu, 'man stirbt nur einmal...und wir sterben jetzt alle miteinander, hab keine Angst, es wird nicht so schlimm!' "

(Halina Birenbaum: Die Hoffnung stirbt zuletzt, Oswiecim 1993, S. 37 ff.)

Die Deportation der Sinti und Roma

„ Die Berliner Polizei nahm die Olympischen Spiele zum Vorwand, um im Mai 1936 hunderte Zigeuner festzunehmen und ganze Familien mit Wagen, Pferden und anderem Besitz in das so genannte Lager Marzahn zu bringen, wo auf der einen Seite eine Müllkippe und auf der anderen Seite ein Friedhof lag. Bald darauf umzäunte man den Platz mit Stacheldraht. Damit wurde in einem Berliner Vorort ein KZ für Zigeuner errichtet. Von Marzahn und von

ähnlichen 'Rastplätzen' in anderen deutschen Städten wurden später tausende Zigeuner in die Vernichtungslager gebracht. "

(Saul Friedländer, Überlebender und Historiker des Holocaust)

Die Verfolgung der Sinti und Roma war ideologisch begründet. SS-Chef Himmler vertrat die Vorstellung, dass es „reinrassige“ Zigeuner gäbe, die als „arische Cousins“ zu verschonen wären. Sie sollten identifiziert und in Reservaten zusammengefasst werden. Aufgabe der „Rasseforscher“ war es zunächst, zu entscheiden, wer so viel „rassevermischtetes Zigeunerblut“ habe, dass er nicht als „Arier“ anerkannt werden könne. Es zeigte sich, dass das nach Ansicht dieser „Wissenschaftler“ bei den meisten der Fall war. Für sie begannen die Mühlen der deutschen Bürokratie zu mahlen: Fast ausnahmslos bedeutete das Deportationen, zunächst in Jüdische Ghettos und dann in Tötungslager. Die so genannten medizinischen Experimente in Auschwitz fanden nicht nur an jüdischen, sondern auch an Sinti- und Romakindern statt. Allein hier wurden mehr als 20 000 Sinti und Roma ermordet.

In Osteuropa war es während des Krieges nicht unüblich, dass Gruppen von „Zigeunern“ in Wäldern oder an den Dorfrändern erschossen wurden, oft von einheimischen Faschisten. In Kroatien überlebten so beispielsweise nur ganz wenige. Wie viele Sinti und Roma von Deutschen und deren Helfern in den einzelnen Ländern insgesamt ermordet wurden, ist bis heute noch nicht geklärt. Das liegt an unzureichender Forschung, fehlenden Quellen und an der Unsicherheit, wie viele Sinti und Roma vor dem Krieg eigentlich in diesen Ländern lebten: Die Mindestzahl der Ermordeten wird auf 200 000 geschätzt, aber viele Forscher sind der Ansicht, dass es rund 600 000 Opfer gegeben hat. Vermutlich sind zwischen einem Zehntel und der Hälfte aller europäischen Sinti und Roma während des Krieges ermordet worden. Viele der Überlebenden haben weder von Deutschland noch von anderen Staaten je eine Entschädigung bekommen. Sinti und Roma bilden bis auf den heutigen Tag eine der am meisten diskriminierten Volksgruppe in Europa und sind weiterhin rassistischen Gewalttaten ausgesetzt.

„Der Ritter hat das auf der Straße gemacht, ganz locker, im freundlichen Stil. Da kam man nacheinander dran, hat sich auf den Stuhl gesetzt. Dann hat er die Augen der Kinder verglichen, uns alle ausgefragt, und die Justin* hat immer alles aufgeschrieben. Dann hieß es Mund auf, da hat er so ein Instrument gehabt, damit hat er den ganzen Rachen ausgemessen, die Nasenlöcher, die Nase, die Nasenwurzel, die Augenweite, die Augenbrauen, die Ohren innen und außen, das Genick, den Hals, die Hände (...). Alles, was überhaupt zu messen war.“*

(Einer der Überlebenden deutschen „Zigeuner“, Josef Reinhardt, berichtet über die Untersuchung der „Rassebiologen“)

(*Eva Justin war Assistentin von *Robert Ritter, dem wichtigsten medizinischen „Experten“ des Dritten Reiches für die „Zigeunerplage“. Ritter ist anfangs Kinderpsychologe gewesen und hat sich später auf „Kriminalbiologie“ spezialisiert, die von der Vorstellung ausgeht, dass das Erbgut den Grundstein lege für abweichendes oder kriminelles Verhalten. Ritter erklärt, dass die „Zigeuner“ ursprünglich „Rassereine Arier“ gewesen seien, die ihre „guten Eigenschaften“ aber während ihrer Wanderschaft durch „Rassenmischung“ mit verschiedenen „minderwertigen“ Völkern verloren hätten. Dies habe zu einem vererbten kriminellen und asozialen Verhalten geführt. Als Assistentin betreibt Justin eigene „Forschungen“. Unter anderem werden 39 elternlose „Zigeunerkinde“ in einem katholischen Kinderheim gehalten, damit Justin ihre Doktorarbeit beenden kann. Als sie fertig ist, werden die Kinder im Mai 1944 ins Tötungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und dort in das so

genannte „Zigeunerlager“ eingewiesen. Die meisten von ihnen ermordet man zusammen mit 2900 anderen „Zigeunern“ in der Nacht zum 3. August 1944 in den Gaskammern.)

Unter den Todgeweihten

Der jüdische „Polizist“ Cael Perechodnik wurde gezwungen, seine Frau und Tochter in den Zug ins Tötungslager zu setzen. Er schrieb:

„Du befindest dich im vierten Wagen hinter der Lokomotive, in dem fast nur Frauen und Kinder untergebracht sind. Im ganzen Wagen finden sich zwei Männer - sollen das eure Beschützer sein ? Mit angezogenen Beinen sitzt du auf den Brettern und hältst Aluska auf dem Arm. Schläft das Kind schon zu später Stunde ? Oder bekommt es keine Luft mehr in dieser schwülen Augustnacht ? (...)

Mitten in der Menge der Verurteilten sitzt du allein. Vielleicht ist es dir ein Trost, dass dieses Los nicht nur dich trifft, sondern alle anderen um dich herum ? Nein, daran denkst du nicht. Du sitzt da und kannst eine Sache nicht begreifen. Wie ist das bloß möglich ? Dein Calinka, der dich zehn Jahre geliebt hat, der dir treu war, der alle deine Gedanken und Wünsche erriet und sie so gern erfüllte, jetzt hat er dich verraten und es zugelassen, dass du den Waggon bestiegst, während er zurückblieb.

Ich weiß, du ballst die Fäuste und beginnst Aluska zu hassen. Das ist doch sein Kind, warum soll ich es hier haben ? Schon stehst du auf, schon willst du die Kleine aus dem Fenster werfen.

Anka, Anka, tue es, wirf das Kind aus dem Fenster, deine Hand soll dabei nicht zittern ! Vielleicht fällt das Kind unter die Räder des rasenden Zuges, der es zermalmt. Vielleicht gibt es wirklich einen Gott auf dieser Welt oder gütige Engel, die einen unsichtbaren Teppich ausbreiten, damit ihr nichts passiert. Sie überwältigen die Schwerkraft der Erde, die newtonschen Gesetze während des Falls und unsere Aluska fällt leicht zu Boden. Sie schläft abseits der Schienen ein und am Morgen findet sie ein guter Christ. Eingenommen von ihrem engelhaften Aussehen, hebt er sie vom Boden auf, drückt sie an sich, nimmt sie mit nach Hause und behält sie als seine Tochter. Tue es, Anka, tue es, zögere keine Sekunde.“

(Cael Perechodnik: Bin ich ein Mörder ? Das Testament eines jüdischen Ghetto-Polizisten, Lüneburg 1997, S. 82 F.)

Seperationen

Am 12. Juli 1942 schreibt Hertha Josias aus Hamburg einen Brief an ihre 17jährige Tochter Hannelore, die zusammen mit ihrer Schwester Ingelin Zuflucht in Mellerud in Schweden gefunden hat. Hertha Josias weiß, dass sie deportiert werden soll, aber nicht, wohin. Sie schreibt:

„Nun bitte ich dich, meine liebe Hannele, dass du dich gut um Ingelin kümmerst. Du musst nun ihre Mutter und ihr Vater sein. Sei lieb zu ihr und versprich, dass du immer für sie da bist. Haltet zusammen und sieh stets nach ihr. Ich verlasse mich nun ganz auf dich, meine große Tochter. Wir werden jetzt vorerst nichts voneinander hören, aber sobald ich Gelegenheit habe, werde ich schreiben.“

Hertha Josias beendet den Brief mit dem Wunsch, dass Gott auf die Tochter achten und dass sie ihre Mutter nicht vergessen möge.

Solche Briefe haben todgeweihte Menschen verfasst, die wussten, dass sie gewaltsam sterben würden. Es sind viele derartige Briefe erhalten. Sie spiegeln die Lebenswirklichkeit, in der jüdische und „Zigeuner“-Familien während der NS-Zeit lebten: Eltern wurden von ihren Kindern getrennt, Kinder von ihren Eltern.

Die Täter, die die Familien auseinander rissen, waren oft selbst Eltern. Das scheint sie aber nicht beeinflusst zu haben. Die Ärzte in Auschwitz gingen nach ihrem „Arbeitstag“ nach Hause zu ihren Frauen und Kindern, die in der Nähe des Lagers wohnten. Sie hatten vielleicht gerade vorher 1000 Kinder und Mütter in den Tod geschickt. Wie war es ihnen möglich, Monat für Monat so etwas zu tun und gleichzeitig von ihren Kindern und Frauen als lieber Papa und guter Ehemann empfunden zu werden? - Viele Fragen beim Thema Holocaust lassen sich nicht beantworten, aber man muss sie stellen.

Hermann Friedrich Gräbe, ein deutscher Ingenieur, wurde später gefragt, warum er während des Krieges Juden gerettet habe. Er könne nicht erklären, warum und weshalb, antwortete er. Aber er wisse, dass seine Mutter, die aus einfachen Verhältnissen stamme, ihm viel bedeutet habe. Als Junge hätten er und einige Kameraden einmal eine alte jüdische Frau geschlagen. Gräbe: *„Meine Mutter sagte zu mir: ‘So etwas darfst du niemals tun. Warum tatest du es?’ Und ich antwortete selbstverständlich: ‘Weil es alle anderen auch taten.’ Da sagte sie streng: ‘Du bist nicht alle anderen. Du bist mein Sohn. So etwas tust du nie wieder. Wenn du so etwas wieder tust, wirst du es mit mir zu tun bekommen, und dann wirst du sehen, wie das ist. Möchtest du an ihrer Stelle sein?’ - ‘Nein’, sagte ich. ‘Warum tatest du es dann? Nun, mach es nie wieder. Die Frau hat auch Gefühle, sie hat ein Herz genau wie du und ich. Mach es nicht wieder.’ - Auf diese Weise beeinflusste meine Mutter mich. Sie sagte: ‘Beurteile niemanden danach, was er für einen Beruf oder eine Religion hat, sondern danach, wie er als Mensch ist.’“*

Dass die ganze Antwort in der Erziehung liegt, ist wohl zu viel gesagt, aber es ist ein zu wichtiger Punkt, um ihn nicht ernsthaft in Betracht zu ziehen. Und jede Generation lernt die Regeln des Zusammenlebens immer wieder neu. Gesellschaften, die nicht vermitteln, Menschlichkeit zu schätzen, die Würde des anderen zu achten und mit Unterschieden zu leben, verlieren am Ende jeden Maßstab.

Im plombierten Güterwaggon mit Bleistift geschrieben:

„Hier in diesem Wagen bin ich, Eva, mit meinem Sohn Abel. Wenn jemand sieht meinen ältesten Jungen Kain, Adams Sohn, soll er ihm sagen, dass ich ...“

(aus: I. Lamfors: Breven fran Hertha, Göteborg 1987, S. 81)

Deportation mit dem Dampfschiff „Donau“

Früh am Morgen des 26. November 1942 bringt man 532 norwegische Juden an Bord des deutschen Dampfschiffes „Donau“, das am selben Tag den Hafen von Oslo verlässt. Die Gruppe kommt am 1. Dezember über den Hafen Stettin in das Konzentrationslager Auschwitz. Alle Alten, Frauen und Kinder werden unmittelbar darauf im so genannten Bunker 2 in Birkenau mit Gas ermordet, während man die Männer zur Sklavenarbeit zwingt. Die deutschen Besatzer und ihre norwegischen Helfer geben zu keinem Zeitpunkt ihre Suche nach Juden auf. Bis 1944 werden insgesamt 770 norwegische Juden nach Auschwitz deportiert. Nur 24 von ihnen überleben - keine Rettungsaktion erfasst sie. Auf eigene Faust schlagen sie sich nach der Befreiung nach Norwegen durch.

Alles wurde uns genommen, alles

Der norwegische Jude Herman Sachnowitz überlebte den Holocaust und schilderte den Schock der Deportation von Oslo:

„Wir kamen mitten am Tage in Oslo an. Grau und trist. Fliegeralarm. Kein norwegischer Zivilist sollte bezeugen können, was nun geschah. Gleichwohl standen Menschen vor den Absperrungen des Amerika-Kais. Norwegische Freunde. Ich sah sie durch ein Fenster des Krankenwagens.

Ich sah auch noch mehr. Einen hohen, grau-schwarzen Schiffsrumpf, nur sieben oder acht

Meter entfernt. Es war das Dampfschiff „Donau“ aus Bremen. Das Sklavenschiff. Außerhalb des Wagens gab eine Männerstimme einen verzweifelten Laut von sich, etwas über Frauen und Kinder. Wir begriffen, dass auch die Frauen verschleppt worden waren. Professor Epstein brach völlig zusammen und weinte. Alle brachen zusammen, auch ich. Ich sah nun nicht mehr die norwegischen SA-Männer, die unsere Wächter waren. Sie wurden ersetzt von SS-Soldaten in grünen Uniformen. Es wimmelte von ihnen. Unter hysterischem Geschrei der Offiziere trieben sie uns aus dem Wagen und über den Kai zu den Leitern, die auf das Schiffsdeck führten. Wir, die krank waren, standen ganz hinten in der Menge und sahen das Ganze: Kinder, Frauen und Männer im hoffnungslosen Kampf gegen eine brutale und eiskalte Übermacht, ein lebender Eisenring, der um die Unglücklichen gezogen war. Für uns, die in einem Land aufgewachsen waren, wo Menschlichkeit sowohl das erste als auch das größte Gebot darstellte, war der Anblick schlimmer als irgendein Alptraum. Es war der erste große Schock und wir glaubten, dass es nicht schlimmer werden könnte. Mehr als 600 Menschen, die ihr ganzes Leben lang im sicheren Glauben an den Rechtsstaat gelebt hatten, waren mit einem Mal aller wichtigen Dinge beraubt: ihrer Freiheit, ihrer Heimat und - am schlimmsten von allem - ihrer Menschenwürde. Sie wurden geschubst und getreten und geschlagen. Sie flehten und bettelten, nicht an Bord gehen zu müssen, denn sie wussten, was das bedeutete: Deportation. Sie warfen sich auf den Kai, rissen in ihren Haaren und schrien um Gnade für sich und die Ihren, aber es wurde ihnen kein Pardon gewährt. Eisenbeschlagene Stiefel und Gummiknüppel trafen auf ihren Kopf und ihren Magen. Mütter mit Kleinkindern im Arm, schwangere Frauen wurden geschlagen und getreten, Kleider wurden in Stücke gerissen, so dass man nackte Haut sehen konnte. Kleinkinder wurden hingeschmissen. Und mitten in all dem - ich sehe das immer noch vor mir - ging ein gleichmäßiger Strom von schwachen, alten Frauen und Männern langsam und mit gebeugten Köpfen die Leiter hinauf, dem entgegen, was sie als unausweichliches Schicksal ansahen. Sie wussten mehr als wir Jungen. Sie kannten die Geschichte unseres Volkes. Sie waren schon tot.“

(in: Herman Sachnowitz: *Det angar ocksa dig*. Berättat för Arnold Jakoby, Stockholm 1977, S. 13 f.)

Die Wege der Sonderzüge

Das europäische Eisenbahnnetz spielte eine entscheidende Rolle bei der Durchführung des Völkermordes. Mehrere Millionen Menschen wurden in so genannten „Sonderzügen“ in Personen- oder Güterwagen durch ganz Europa in die Ghettos, zu den Hinrichtungsstätten, in die Sammel- und Tötungslager, gebracht. Der Völkermord war den Nationalsozialisten so wichtig, dass sie selbst militärische Bedürfnisse zurückstellten. Die SS mietete die Züge und zwang die Juden in der Regel sogar, die Fahrkarten zu den Lagern zu bezahlen: Die Ermordung sollte nichts kosten.

Verbreitetes Wissen

Nicht nur in Deutschland selbst, auch im Ausland gab es verbreitete Kenntnisse um den Holocaust. Ein Dokument, das zeigt, wie bekannt der Ablauf des Völkermords war, ist der folgende Bericht von Ivan Danielsson, dem schwedischen Gesandten in Budapest. Er richtete ihn am 24. Juni 1944 an das schwedische Außenministerium in Stockholm:

„ (...) Alle diese gefangenen jüdischen Personen, Männer und Frauen, Kinder und Alte, sollen in Viehwagen verfrachtet und teils nach Deutschland, teils in das polnische Generalgouvernement gebracht worden sein. (...)

In Budapest sind die Juden praktisch ihres gesamten Eigentums beraubt worden. Sie haben

sich damit abfinden müssen, zu 8-10 Personen in einem einzigen Raum zu leben. (...) Diejenigen, die das Glück haben, über ausreichend Arbeitskraft zu verfügen, kommen wohl in deutsche Industrieanlagen, wo sie die Aussicht haben, einigermaßen behandelt zu werden; die Übrigen dagegen, Kinder, schwache Frauen oder Alte, sollen, wie man hört, in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau bei Kattowitz in Polen transportiert werden.“
(in: Paul A. Levine: From Indifference to Activism: Swedish Diplomacy and the Holocaust, 1938-1944, Uppsala 1996, S. 275)

Die Einsatzgruppen

Mit dem Angriff NS-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann auch die systematische Ermordung der europäischen Juden. Es gab einen inneren Zusammenhang zwischen beiden Projekten. Im Kielwasser der Wehrmacht folgten vier mobile „Einsatzgruppen“ dem Frontverlauf. Ihr Personal stammte aus dem Sicherheitsdienst (SD), der SS sowie der normalen deutschen Kriminal- und Ordnungspolizei. Es waren anfangs etwa 3000 Männer. Ihr Auftrag lautete, hinter der Front, in Abstimmung mit der Wehrmacht und in ihrem Schutz, kommunistische Funktionäre und vor allem Juden zu erschießen. Auch Sinti und Roma sowie „bandenverdächtige“ Einheimische wurden zusammengetrieben und ermordet. Die Einsatzgruppen führten über ihre Tätigkeit sorgfältig Buch und sandten regelmäßig Berichte nach Berlin.

Eines dieser Dokumente enthält eine siebenseitige Liste über alle Hinrichtungen, die ein Kommando der Einsatzgruppe A zwischen dem 4. Juli und 1. Dezember in Litauen durchführte. 137 346 Opfer waren es insgesamt: sowjetische und litauische Kommunisten, sowjetische Kriegsgefangene, „Geisteskranke“, Litauer, Polen, Sinti und Roma sowie „Partisanen“. Die weitaus größte Gruppe bildeten jedoch jüdische Männer, Frauen und Kinder.

Avraham Tory hat in seinem Tagebuch beschrieben, wie die Juden von Kaunas im Morgenrauen des 28. Oktober 1941 auf dem Weg zu einer großen „Selektion“ sind, die auf dem Demokratu-Platz stattfinden soll. Der SS-Bericht vom 29. Oktober 1941 stellte nur fest: *„29.10.41 Kaunas...2007 Juden, 2920 Jüdinnen, 4273 Judenkinde (Säuberung des Ghettos von überflüssigen Juden: 9200).“*

(in: Ernst Klee u.a. (Hrsg.): „Schöne Zeiten“. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt/M. 1988, S. 57)

Insgesamt erschossen Einsatzgruppen, Polizeibataillone und andere Einheiten in den besetzten Gebieten Osteuropas und der Sowjetunion etwa 2 Millionen Menschen. Im Baltikum, Weißrussland und in der Ukraine erhielten sie dabei oft Unterstützung von örtlichen Milizen.

„Das Ausheben der Gruben nimmt den größten Teil der Zeit in Anspruch, während das Erschießen selbst sehr schnell geht (100 Mann 40 Minuten). (...) Anfangs waren meine Soldaten nicht beeindruckt. Am zweiten Tag jedoch machte sich schon bemerkbar, dass der eine oder andere nicht die Nerven besitzt, auf längere Zeit eine Erschießung durchzuführen. Mein persönlicher Eindruck ist, dass man während der Erschießung keine seelischen Hemmungen bekommt. Diese stellen sich jedoch ein, wenn man nach Tagen abends in Ruhe darüber nachdenkt.“

(Bericht von Oberleutnant Walther über eine Massenerschießung bei Belgrad am 1. November 1941)

(Die zitierten Dokumente stammen aus dem lesenswerten Buch von Stephane Bruchfeld und Paul A. Levine: Erzählt es euren Kindern. Der Holocaust in Europa. Verlag C. Bertelsmann, 2. Auflage 2000)

BRANDYPOLITIK UND DER MORGEN DANACH

Ein Kommentar zur Lage in Kosova

von
Aleksandar Berisha

Die Albaner/innen bekamen ihr Jahrtausendgeschenk: Die Unterdrückung durch serbische Polizei und Militärs wurde ein für allemal beendet. Für dieses Menschenrecht der Menschenwürde bezahlte Kosova einen hohen Preis.

Dieser Krieg war in aller Munde, das erste Mal in der albanischen Geschichte wussten nun sogar Menschen in Trinidad und Tobago, dass Belgrad einen vernichtenden Krieg gegen Zivilisten führte.

Die europäische Öffentlichkeit diskutierte zu Recht kontrovers über den Bombenhagel der Nato.

Viele Kritiker zogen nach Berlin, viele protestierten sogar Hand in Hand mit Sympathisanten der Tschetnik-Bewegung gegen Amerika. Viele der Befürworter brüsteten sich damit, die Situation vor Ort in Kosova besser zu kennen und waren ganz verunsichert, als am Ende ein Diktat dem anderen folgte. Selbst ihre Stimmen verstummten in Anbetracht des hohen Blutzolls der kosovarischen Zivilisten. Das unwirkliche Bild war perfekt.

Das Pokerspiel fieberte seinem Höhepunkt entgegen und Belgrads bester Kartenspieler schien die nötigen Asses vorerst noch im Ärmel zu haben. Doch selbst er wurde überrascht, als sein Lustschloss im Belgrader Villenviertel Dedinje bombardiert wurde.

In Gostill, einem Dorf fünf Kilometer südlich von Kukës, baute Cap Anamur ein Flüchtlingslager für 16 000 Flüchtlin-



ge.

Einige kosovarische Männer gingen aus ihren Zelten, kratzten ihre letzten Mücken zusammen und gingen in eine der hässlichen „Kafanas“, der albanischen Bauernkneipen, um ihren Kummer mit selbstgebranntem Raki zu ertränken. Ein alter Fernseher strahlte Nachrichten von EuroNews aus. Gregor Gysi sprach und die Bauern - gingen. Nicht nur Bomben und Granaten explodierten in der Luft, sondern auch eine gewaltige Ladung zynischer Witze aus dem Westen. Für die Flüchtlinge entlang der kosovarisch-albanischen Grenze schienen die Wetterleuchten großes Unheil zu verkünden.

Unrecht oder Menschenrecht ?

Die Menschen, die sich in den Wäldern von Drenica vor serbischen Paras versteckten, wussten nichts von derlei Diskussionen in den Demokratien Europas, und das war auch besser so.

So hatten sie wenigstens das Gefühl, ihr seelischer Tod hätte einen Sinn.

Die Bauern Kosovos, die einfachen Bürger, wussten nichts

vom internationalen Deal, der sich in jenen Tagen vollzog. Amerika bekam den Balkan, Russland zuckte verlegen mit den Achseln und bekam Tschetschenien, bevor Schamil Bassajev mit seinen Wahabiten-Legionären in Dagestan einfiel. Serbien fing wieder auf dem Amselfeld an.

Mit Erfolg. Peter Handke schaute tief ins Glas der Vergangenheit, schrieb Zeugnisse aus einer anderen, versunkenen Ideenwelt und erklärte allerorts, er sei von nun an Serbe. Verwirrung überall, die lyrische Intelligenz kasteite sich rhetorisch brilliant mit der Frage: Auf wessen Seite stehen wir ?

Als vor einigen Jahren die Politiker, aber auch ein großer Teil der Alternativen Europas, den leidenden Kosovaren den Rücken kehrten, übernahm die Nato dieses Vakuum. Die geflüchteten Menschen bejubelten sie frenetisch, als sie am 12. Juni Kosova in Besitz nahm. Der Tenor unter Skipetaren: Hauptsache irgendeiner !

Doch die Saat der Gleichgültigkeit war gesät. Die Menschen Kosovos vertrauten von nun an dem Krieg und seinen verrohten Gesetzen. Mitleid wurde Schwäche und Menschlichkeit Dummheit. Die Jahre des gewaltlosen Widerstandes der Menschen Kosovos wurden in Europa bewusst ignoriert - das Amselfeld war nun mal serbisch, das Jerusalem Belgrads, hieß es.

Die Albaner bedankten sich damit, den westlichen Wünschen

nach einer besseren Welt ordentlich in den Hintern zu treten. Nun wurden die Serben gejagt, die ausgenutzten Romas der Beihilfe beim albanischen Genozid bezichtigt und sie zusammen über die Straße von Otranto vertrieben. Wieder starben Unschuldige und Milosevic rieb sich die Hände. Der Meister des Chaos hatte wieder aus nichts etwas gemacht. „Aus den Opfern wurden Täter“, hieß es weltweit in den Medien. Die Sympathien für den entbrannten Freiheitskampf der Kosovaren bekamen einen entscheidenden Dämpfer.

Ein Teil der Menschen Kosovas lebte im Zoo. Gefangen und bestaunt von den Besuchern aus dem Westen, die Serbien in Bosnien, Kroatien, im Sandshak und zuletzt in Kosova hatten gewähren lassen. Hass, verursacht durch das ihnen widerfahrene unbeschreibliche Leid, explodierte und spielte den Radikalen in die Hände. Schuld daran allerdings war und ist die Feigheit und die Kriegsgewinnerei (ebenso wie gegenwärtig im türkisch-kurdischen Konflikt) Europas und seiner ständigen Pilgerfahrten nach Belgrad. Europas Politiker sahen ganz schön klein aus, als sie Milosevic gegenüber saßen und er sie auslachte. Werden die Menschen Kosovas die Milosevics in ihren eigenen Reihen erkennen, zur Rede stellen und nach den Haag schicken?

Der Alltag in Kosova ist schwarz-weiß. Die Kälte zog ein, auch unter den Albanern. Positionen locken. Die alte albanische Frau, die man mit durchgeschnittener Kehle am Waldrand in Drenica fand, wurde schnell vergessen. Wieder einmal leben die einfa-



Vor einem Jahr: Flucht in Kosova

Foto: AP

chen Bauern und Bürger Kosovas in Zelten oder in Häusern und Wohnungen, die einst ihren Nachbarn gehörten. Die Profiteure dagegen freuen sich ungeahnter Chancen im Spiel der Macht. Mark und Rubel fließen - schließlich soll Geld nicht stinken, oder?

Doch das Wesentliche ist erst einmal geschafft: Belgrad terrorisiert von nun an nicht mehr die Frauen und Männer „Kosovas“. Die Zukunft müssen die Albaner nun mit eigenen Institutionen in die Hände nehmen. Die oft unter Albanern gepriesene Liebe untereinander wird der neue Indikator sein.

Kosova bekam das Gottesgeschenk der Freiheit zurück. Mit der Freiheit kommt die absolute Eigenständigkeit: nun ist es Zeit zu beweisen, dass Moral in Pristina anders gelebt wird als in Belgrad.

Gehen die Türen wieder auf, wird Kosova siegen: Serben, Roma und andere Minderheiten, die Belgrads Lustmord nicht unterstützt haben, müssen Farbe ins kosovarische Lebensbild bringen, denn nur mit Farben lässt sich die Zukunft malen.

Aleksandar Berisha

DEUTSCHE KONSERVATIVE

Beim Kasseler Lehrer X, stolzer Inhaber einer Geheimnummer, ruft ein übler Zeitgenosse, selbsternannter Vorsitzender der Deutschen Konservativen, gescheiterter Ministerpräsidentenkandidat in Lettland und oft vorbestrafter Rechtsextremer, Joachim Siegerist, Hamburg, an und bedroht X. Es folgt ein dreitägiger Telefonterror, im Hintergrund meist eine keifende Frauenstimme, Gisa Pahl, Hamburger Rechtsanwältin, dann selbst anrufend, und oft im Hintergrund eine ältere Männerstimme, vermutlich Heinrich Lummer, Ex-Innensenator der CDU und Ex-MdB. Erst mit Hilfe der Kasseler Kriminalpolizei gelingt es, den Telefonterror zu stoppen.

X hat dies schon einigemal erlebt, vor und nach Erscheinen von DESG-*Inform* und des *Einklick* 1993/1994, in denen Klausdieter Ludwig und Heinz-Dieter Hansen zu Terror und Gewalttaten gegen X aufgerufen hatten. Was ist der Hintergrund ?

X hatte die „lieben GenossInnen“ des „SPD-Unterbezirk(s) Waldeck-Frankenberg“ aufgefordert, ein Treffen der „Neonazis in Eurem Unterbezirk, der sich bundesweit als ein Schwerpunkt nationalsozialistischer Aktivitäten von jung und alt entwickelt hat, am 11.-18.4. - Akzent-Hotel Kur- und Sporthotel Freund -, mit Joachim Siegerist, zu verhindern“. Die Informationen, aus denen die „lieben GenossInnen“ die rechtsextreme und kriminelle Energie Siegerists erkennen konnten, lagen bei.

Wie sehr solche Rechtsextremisten gesellschaftlich etabliert sind und akzeptiert werden, zeigt sich daran, dass dieses Schreiben, trotz der Warnung, weder Telefonnummer noch Namen von X bekannt zu machen, direkt in die Hände von Siegerist, Pahl und Lummer gelangten: „Wir haben bereits unsere Anwälte informiert und werden sofort juristisch gegen Sie vorgehen“, drohten sie per Fax, und auch an die SPD-Parteigremien wie den Landesvorstand Hessen ging Post: „Uns liegen mehrere strafrelevante Rundschreiben eines Herrn X an Mitglieder Ihrer Partei vor. Wir können uns nicht vorstellen, dass Sie bei einer solchen Kampagne mitmachen.“ Dass es „anständige“ Sozialdemokraten gebe, zeige sich daran, „dass zu unserem „Nazi“-Verband auch der frühere Mitarbeiter von Kurt Schumacher gehört, Herr Dr. Günther Weber“ (Braunschweig). Die ehrenwerte Tagung leite der „frühere

Berliner Bürgermeister und Innensenator Heinrich Lummer“. Die Teilnehmer seien „Mitglieder der CDU, der CSU, der FDP“, faxten die drei Kumpane dann dem Polizeipräsidenten in Kassel samt Tagungsunterlagen, aus denen er entnehmen konnte, wie „ehrenwert“ die Referenten sind: „Dr. Alfred Mechttersheimer, Rechtsanwältin Gisa Pahl zum Thema „Stimmt es, dass man als ‚Rechter‘ immer mit einem Bein im Gefängnis steht ?“, Rechtsanwalt Klaus Kunze, Dr. Bruno Banduleit, Horst Mahler, Adelgunde Mertensacker, Vorsitzende der CHRISTLICHEN MITTE“ u.a.

Der Polizeipräsident ließ sich ebensowenig beeindrucken wie die SPD, deren AfB-Bezirks- und Landesvorsitzender Horst Peter, ehemals MdB, folgende Presseerklärung beim erneuten Treffen der braunen Helden im November 1999 abgab: „Der AfB-Vorstand warnt davor, solche Treffen von Rechtsextremisten oder Nationalsozialisten zu verharmlosen und zu dulden“. „Eindeutige Zielsetzung“ solcher Gruppen sei „Einfluss auf das Denken und Handeln von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu gewinnen. Solche Treffen müssen zum Anlass genommen werden, einen öffentlichen Diskurs zu führen, der parteiübergreifend die Jugend in Prozesse demokratischer Willensbildung einbezieht und sich öffentlich mit Rechtsextremen und Neonazis auseinandersetzt“.

Die, so Siegerist an den Kasseler Polizeipräsidenten, „ausschließlich unbescholtenen - meist älteren - Teilnehmer“ der beiden Treffen im April und November 1999 waren:

Klaus Kunze, Rechtsanwalt (Uslar), Ex-REP-Sprecher und Landtagskandidat in Niedersachsen, Autor in der Reihe „Deutsche Geschichte“ (Verlag Gert Sudholt), Staatsbriefe und Nation und Europa, Erstunterzeichner des Aufrufs der Deutschen Bewegung Mechttersheimers gegen den Euro, Verteidiger von Kadern der verbotenen Nationalistischen Front, wie des ausgewiesenen Karl Polacek und Thorsten Heise, des NPD-Funktionärs Hans-Michael Fiedler u.a.

Kunze ist/war Mitglied der Burschenschaft Germania, Köln, Referent bei der Hetendorfer Tagungswoche des Jürgen Rieger, Autor der Jungen Freiheit, 1966 Referent bei der Gesellschaft für Freie Publizistik des Rolf Kosiek, der auch mit Manfred Rouhs (Deutsche Liga) und Peter Dehoust (Nation und Europa) 1993/94 Terroraufrufe gegen X publizierte. Weitere Erstunterzeichner des o.g. Aufrufs waren Wolfgang Juchem, Hess. Lichtenau (Aktion Freies Deutschland), Pierre Krebs (Kasseler Thule-Seminar), das ehemalige Kasseler REP-Stadtverordnetenpaar Christine und Bernd Mey und Lehrerin a. D. Lotte Lohde, Unabhängige Ökologen Deutschlands, die eng mit Synergion und dem Weltbund zum Schutze des Lebens verflocht-

ten sind.

Bruno Bandulet sitzt im Bundesvorstand des Bundes Freier Bürger (BFB) und ist Chefredakteur von dessen Deutschland-Brief, der in Bandulets Verlags GmbH, Bad Kissingen, erscheint. Laut Siegerist ist Bandulet ehemaliger Referent von Franz-Josef Strauß und Alfred Dregger. Daneben gibt er die Sex-Zeitung Quick heraus, schreibt in JF und Criticon und versuchte, den Anti-Euro-Aufruf zusammen mit Friedrich Baunack (geb. 1955) in Tageszeitungen zu platzieren, was nicht gelang.

Winfried Pietrek, katholischer Pfarrer, Lippstadt, in der Christlichen Mitte aktiv und an deren Zeitschrift Kurier und fast allen Aktionen maßgeblich beteiligt. 1998 forderte Pietrek vom Botschafter Israels in Deutschland „eine Ehrenerklärung, dass ich kein Nazi bin“, nachdem ihm ebenso wie Lummer, Siegerist und anderen wegen rechtsextremistischer Betätigung Einreiseverbot in Israel erteilt worden war.

- **Adelgunde Mertensäcker**, ehem. Zentrumspartei, Vorsitzende der Christlichen Mitte, aktives Mitglied bei Siegerist, hetzte schon 1993 gegen die „*schleichende Zersetzung Deutschlands durch die Muslimbrüder bzw. den islamischen Weltkongress. Die Moscheen und Zentren der islamischen Vereine in Deutschland dienen der paramilitärischen Ausbildung der islamischen Geheimarmee*“ (Kurier der Christlichen Mitte, 11/1993), eine etwas andere Sicht der „Weltverschwörung“, und demgemäß titelte sie ihre Bücher „über das wahre Wesen des Islam“ auch „Geführt von Dämonen“ und „Muslime erobern Deutschland“. Bei Siegerist referierte sie u.a. zu der Frage: „Können fundamentalistische Muslime Demokraten sein?“, für die Islam-Hasserin kann ein Moslem, „der sich nicht trennen will von den Götzen, nach der Bibel kein 'Mitbürger'“

sein“ (Kurier 9/93).

- **Siegerist, Lummer, Mechtersheimer, Pahl und Maier** sind hinreichend bekannt. Das Auftreten des letzteren beweist die Zugehörigkeit der Deutschen Konservativen zum rechtsextrem-nazistischen Lager und die tiefe Verstrickung Heinrich Lummers. Gisela Pahl, alias Gisela Sedelmaier, REP, Rieger-Umfeld, schrieb die Mäxchen - Treuherz - Bände (Austricksen der Justiz durch Nazi-Täter). Siegerist, wegen diverser krimineller Delikte (u.a. Beleidigung von Willy Brandt) vorbestraft, wurde 1997 in letzter Instanz wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu 21 Monaten sowie 24.000 DM Geldstrafe verurteilt, weil er Sinti und Roma als „*mieses kriminelles Pack*“, das man „aus dem Lande jagen“ müsse, beleidigt hatte. Sie seien „ziehende Gauner“, die „Kinder wie Kaninchen“ produzieren und wie eine „Heuschreckenplage über Deutschland herfallen“. Die Hetze diente einer Spendenaktion. Das Gericht zog die gespendeten 85.000 DM ein. In JF (21/97) findet sich im Kontext der Hetze gegen die Wehrmachtsausstellung eine ganzseitige Anzeige für den Band von Siegerist „*Reemtsma - eine Familie im Zwielicht*“ mit durchweg diskreditierendem Inhalt.
- Die Berliner CDU und Eberhard Diepgen stehen zu Lummer. Die Aufforderung der GRÜNEN, ihn auszuschließen, lief ins Leere, und dem hessischen Lehrer X antwortete die CDU erst gar nicht. „Mit Briefkopf **DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN**, (...) mit dem Namen Ihres prominenten Mitglieds **Heinrich Lummer**, (...) somit auch im Namen Ihrer Partei, wurde ich (...) auch in Lummers (Ehrenpräsident des Vereins) Namen durch den Vorsitzenden (...) der **DEUTSCHEN KONSERVATIVEN**,

Joachim Siegerist, bedroht und per Telefon und Fax terrorisiert (...)“ schrieb er und forderte von der CDU, „auf Lummer mit Ihrem ganzen Einfluss einzuwirken, damit dieser seinen rechtsextremistischen, engen Vereins- und persönlichen Freund Siegerist dazu bringt, mich künftig weder zu tyrannisieren noch zu belästigen und insbesondere meine Tel.-Nr. und Anschrift nicht an Neonazis (...) weiterzugeben.“ Letzteres muss die CDU offenbar bewirkt haben, denn danach hörte der Terror auf.

- Mahler und Siegerist machten noch einen Abstecher nach Kassel. Unter dem Motto „Für unser
- *Land! Gegen Überfremdung!*“ fand am 12.4.1999 die erste „Montagsdemonstration“ des Bündnis für Volksabstimmung in Kassel mit Manfred Roeder, Mahler und Lummer statt.
- Im selben Jahr traf man sich wieder am gleichen Ort (5. - 8.11.). Referent war u.a. Prof. Dr. Franz Seidler, Bundeswehruniversität München, Autor von „*Verbrechen an der Wehrmacht*“. SPD-MdB Gernot Erler erhielt auf seine Anfrage 1998 die Antwort, das Buch enthalte „von der NS-Ideologie beeinflusste Greuelgeschichten der Wehrmachtspropaganda“. Es erschien im Verlag „Pour le merite“ des Nazis Dietmar Munnier. Seidler schrieb auch in Criticon und war beim „Berliner Appell“ dabei. Referenten waren auch wieder Bandulet und REP-Vorsitzender Dr. Rolf Schlierer, der laut Siegerist „mit Sicherheit kein 'Rechtsradikaler' ist“, was stimmt, sehen doch die Bundesverfassungsschutzberichte bei den REP „*rechtsextremistische Bestrebungen*“ (1996, S. 118) und „*antisemitische Denkmuster*“ (S. 119). Siegerist hetzte 1994 gegen Ignatz Bubis und die „*Strolche aus dem jüdischen Weltkongress*“ und „

fanatischen Juden aus Israel“, die „Deutschland“ in den „Staub drücken“ wollten (bnr 21/96). 1995 ist der Verein im VS-Bericht des Bundes aufgeführt. Laut Bundesregierung verbreitet Siegerist Texte „mit ausländerfeindlichem und antisemitischem Inhalt“.

- Diesmal stieß die braune Truppe in Vöhl auf Widerstand. Redakteure der Lokalzeitung berichteten, dass Bürger sich über lautes Gegröle von Naziliedern beschwerten. Noch 1996 hatte die HNA sehr positiv über Siegerist berichtet. Man reagierte wie gewohnt, die Redakteure wurden angegriffen und bei ihren Kasseler Chefs verunglimpft. Pahl drohte mit Klage wegen Rufschädigung und der Hotelwirt wegen Geschäftsschädigung. Siegerists engste Freunde in Waldeck-Frankenberg krochen aus ihren Löchern. REP-Vorsitzender Erich Fuchs, Vöhl-Ederbringhausen, zuvor im Vorstand der *Deutschen Liga für Volk und Heimat*, was er bestreitet, Mitglied der NPD, CDU, DSU, Mitbegründer der erfolglosen *Deutschen Heimat Partei*, ein eingefleischter Rechtsextremist, schrieb in einer Flugschrift: „Der besorgte Hotelier (...) wurde (...) sofort nach Erscheinen des Berichts massiv erpresst, die Gruppe künftig auszuladen (...). Einnahmen von einigen Hunderttausend Mark kostete ihn die Hetze“. Wohlgeglitten von den anderen Parteien sitzen die REP im Kreistag von Waldeck-Frankenberg, man kennt sich, hat sich arrangiert und stimmt auch mal gemeinsam mit ihnen, wenn es um Mehrheiten geht.
- So wurden diese seit Jahren etablierten Rechtsextremen zum Kristallisationspunkt für die vielen Treffen Siegerists dort, sie leisteten die Infrastruktur vor Ort, sparten die sehr hohen Teilnehmergebühren (Siegerist will immer auch viel

verdienen) und fühlten sich geschmeichelt über die Gegenwart des hohen Herrn Lummer.

- Aus einem von Fuchs unterzeichneten Flugblatt:
- „Schuld sind unsere Politiker, die es versäumt haben, rechtzeitig dem massenhaften Zustrom von Scheinasylanten und Asylbetrüggern einen Riegel vorzuschieben.“
- Über die DESG (Heinz-Dieter Hansen, Synergion-Präsident Marc Lüdders, jetzt gleichzeitig DESG-Vorsitzender, und Klausdieter Ludwig), Mechttersheimer und Pahl sind die DEUTSCHEN KONSERVATIVEN auch der neurechten europäischen Vereinigung *Synergion* locker verbunden, wie allgemein Hamburg eine einzige große Familie der vereinigten Deutschen Rechten ist.
- Und auch anderen CDU-Größen stehe man nahe, behaupteten Siegerist und Chlodwig Prinz zur Lippe (Vorgänger Lummers als Ehrenpräsident) Ende 1996, als sie den „Verrat von Innenminister Kanther“ beklagten. Sie wollen Kanther „für zwei CDU-Wahlkämpfe sehr viel Geld“ besorgt haben, für Kanthers und Dreggers „Wahlkampfzeitung“ und „Dutzende von CDU-Politikern“, auch Kohls Kanzleramtsminister Bohl, gearbeitet haben.
- Nun ist die Bande aus Waldeck-Frankenberg vertrieben, aber was nutzt es, hat sie doch ein neues, günstiges Umfeld gefunden. Der nächste Kongress fand laut *blick nach rechts* vom 24. bis zum 30. März (...) an einem nicht näher bezeichneten Ort im Harz statt. Referenten sind Heinrich Lummer, Prof. Eberhard Hamer, Autor der *Jungen Freiheit*, der Bundesvorsitzende des Bundes Freier Bürger, Heiner Kappel, und Adelgunde Mertensacker. Man schreibt: „Unser bisheriges Tagungshotel hatte Angst, uns

weiter (...) zu beherbergen. Die Ortszeitung hatte geschrieben, dass wir ihr Verbreitungsgebiet in ein rechtsradikales „Aufmarschgebiet“ verwandeln.“ (bnr, 5/2000, S. 14).

- Mit dabei sind Steffen Ernlé, Islam-Hasser, Autor in *Nation und Europa* (u.a. in 7/8 1998) und 1999 Vorsitzender des *Cannstatter Kreises*, Dr. Günther Ossmann, einst Anwalt von Strauß, Funktionär des *Vereins für das Deutschtum im Ausland* und Schatzmeister des Christlich-Konservativen Deutschland-Forums der CDU/CSU, mit dem rechtsextremen Brigadegeneral a.D. Heinz Karst als Schriftführer, der Siegerist erfolglos bei dessen letzten Volksverhetzungsprozess verteidigte, Ivan Denes, der in der *Jungen Freiheit* (13/98) weitere Entschädigungen an Opfer des Naziregimes als „Sippenhaft“ ablehnt.
- Prof. Eberhard Hamer (FH Wirtschaft, Bielefeld) ist Leiter des sog. *Mittelstandsinstituts Niedersachsen*, das eng mit dem in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und rechtem Rand von Union und FDP arbeitenden *Bund der Selbständigen e.V.* zusammenarbeitet. Hamer ist Fachredakteur ihrer Zeitschrift *Der Selbständige*. Darin schrieben u.a. Ex-Staatssekretär Friedhelm Ost (CDU), Kurt Biedenkopf (CDU), Erika Steinbach (CDU-rechtsaußen), Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU-rechtsaußen), Alfred Dregger (CDU-rechtsaußen) neben Vertretern der Neuen Rechten wie Hartmut Koschyk, ehemals stellvertretender Vorsitzender Bund Freier Bürger, Rainer Zitlmann, Roland Baader, der
- „ideologische Brandstifter“ Prof. Hans-Helmuth Knütter, Basilius Streithofen, Neurechtsverleger Herbert Fleissner, Witiko-Bund.

B. Frantner

RECHTSEXTREME UND NEONAZIS LIEBEN NORDHESSEN

Erneutes Treffen Rechtsextremer im Raum Kassel

Die **Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen der nordhessischen SPD (AfB)** beobachtet mit tiefer Sorge, wie sich Nordhessen immer mehr zum Aufmarsch- und Rückzugsgebiet sowie zum Tagungsort von zum Teil gewaltbereiten Neonazis, Rechtsextremisten und deren Umfeld entwickelt.

Sie appelliert im Sinne der Forderung von Bundespräsident Johannes Rau an alle demokratischen Kräfte in Politik und Gesellschaft, rechtsextreme Tendenzen nicht mit Schweigen zu übergehen, sondern die öffentliche politische Auseinandersetzung zu führen.

Die bereits öffentlich bekannt gewordene Absicht von **Synergion**, unter dem Titel **Reich Europa** vom **28. bis 30. April** im Raum Kassel* die **Sababurger Gesprächsrunden** als Kongress der führenden europäischen Rechten mit dem Kopf der belgischen neuen Rechten Robert Steukers als Hauptreferenten weiterzuführen, muss durch öffentlichen Protest zum Zeichen werden, dass die nordhessische Bevölkerung es sich nicht länger gefallen lässt, dass Nordhessen zunehmend als strategisches Aufmarsch- und Rekrutierungsfeld der extremen Rechten missbraucht wird. Das geplante Treffen muss verhindert werden.

Die zuständigen Behörden werden aufgefordert, rechtzeitig die Öffentlichkeit über rechtsextreme Veranstaltungspläne zu informieren. Eine offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremem, undemokratischem Gedankengut kann nur in der Öffentlichkeit geführt werden.

Die AfB begrüßt es, dass die Bundesregierung

am 4. April durch Innenminister Otto Schily die breite Öffentlichkeit eindringlich auf die Gefahr einer „*sich ändernden Bedrohungslage*“ durch Rechtsextreme und Neonazis hinwies und in diesem Zusammenhang der Präsident des Hessischen Verfassungsschutzes die aktive Neonaziszene im Raum Kassel, „**Blood and Honour**“ (Blut und Ehre), „**Gau Kurhessen**“ (meldete den Fuldaer Neonaziaufmarsch an) und „**Sauerländer Aktionsfront**“ (Teil der militanten Anti-Antifa), ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückte.

Solche Naziskingruppen treten auch bei Veranstaltungen älterer rechtsextremer „Biedermänner“ regelmäßig als Saalschutz in Erscheinung. Bemerkenswert an der für Ende April geplanten Tagung ist, dass erstmals auch jugendliche Rechtsextreme um die neuheidnische Zeitschrift **Hagal** des Dresdener Verlages **Zeitenwende** als Mitveranstalter auftreten.

In diesem Zusammenhang begrüßt die AfB, so deren Vorsitzender Horst Peter, ausdrücklich die Berufung des Rechtsextremismusexperten Heinz Fromm zum künftigen Verfassungsschutzchefs des Bundes. Damit setzt die Bundesregierung ein Zeichen, dass sie die Bedrohung unserer Demokratie durch Rechtsextremismus und Neonazismus wirklich ernst nimmt.

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirk Hessen-Nord**

Anzeige

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Hauptwerkstraße 10, 34109 Kassel

Karl Hermann Str. 14
34701 Herborn
Telefon 0 23 66 7 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstalltionen
Elektroinstalltionen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

(* Wie inzwischen bekannt wurde, fand das „Frühjahrsseminar“ der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“, gemeinsam mit „Synergion“, am letzten Aprilwochenende nicht im „Raum Kassel“, sondern im ostwestfälischen Vlotho statt. Ort der Veranstaltung mit etwa 50 Teilnehmern war das Collegium Humanum, Zentrale des ökofaschistischen „Weltbundes zum Schutz des Lebens“)

Radio Aufruhr IV

Ein Kommentar von Jürgen Bargmann

Egon Krenz sitzt. Helmut Kohl demnächst auch - die beiden Hauptverantwortlichen für diese Wiedervereinigung. Was lehrt uns das ?

Diese Wiedervereinigung war eben ein Verbrechen.

Wenn die richtigen Leute aus den falschen Gründen eingesperrt werden, ist das Land noch kein richtiger Rechtsstaat.

Was hat Otto Graf Lambsdorf mit Al Capone gemeinsam ? Beide konnte man nur wegen Steuerhinterziehung packen.

Berlin kommt Moskau entgegen. Wieder bis nach Grosny ? Gut, damals hieß der Führer Hitler, aber einmal muss ja ein Schlusstrich gezogen werden, meint Scharping, unser Reformhausnoske.

Als Rasputin der allmächtige Günstling war, wurde Zar Nikolaus anschließend hingerichtet. Jetzt herrscht Putin. Was wird aus Zar Boris ?

Die Sportschauredaktion hat Helmut Kohl zum Tor des Jahrhunderts gewählt. Warum ? Er habe den Satz „*Elf-Freunde müsst ihr sein*“ nicht verstanden. Kohl verteidigt sich: „*Ich dachte, kleine Geschenke erhalten die Freundschaft.*“ Da mahnt selbst Leihbischof Le(i)hmann: „*Aber Helmut, Geben ist seliger als Nehmen.*“

In China wird man für Haken- und andere Kreuze noch eingesperrt. Den Westen aber regt das auf. Nicht auf regt ihn der Diktator von Südkorea, der im Rahmen einer Amnestieankündigung zugibt, dass jeder 30. Einwohner einsitzt.

Sein Kollege in Guatemala hat zwei Mexikaner eigenhändig umgebracht. Hat der Mann noch nie von Arbeitsteilung gehört ? Muss ihm Frau Wiczorek-Zeul im Rahmen der BRD-Entwicklungshilfe noch beibringen.

Das heißt nicht mehr „*Eulen nach Athen*“, das heißt „*Terroristen nach Afghanistan*“.

Übrigens, auch Wattenscheid hat seinen Taliban. Der Mann ist eingeschriebener Grüner. Dafür sind die Kemalisten in der SPD. Auch so funktioniert Rosagrün.

68: Das beste an der APO war der Apo.

Ein richtiger deutscher Pazifist wünscht sich Ostermärsche ohne störende Jugoslawen oder Kurden. Der Mann ist dem Fischer schon ins Netz gegangen. Wann werden die endlich wiedervereinigt ?

Von Amerika lernen heißt siegen lernen, sagte sich die PDS, und versuchte sich an einer feindlichen Übernahme der DKP.

Wir Übernehmer grüßen die Unternehmer. Haltet unsere Betriebe ordentlich in Stand, bis wir sie selbst übernehmen.

Wattenscheid, im Mai 2000

Der Aufstand im Todeslager Sobibór

Zu einem Vortrag von Thomas Toivi Blatt, der als 15jähriger im Jahre 1943 die Befreiungsaktion mitorganisiert hat

„Im Jahr 1958, als ich gerade nach Israel eingewandert war, gab ich einem bekannten Überlebenden von Auschwitz mein Manuskript, um seine Meinung dazu zu hören. Nach drei Wochen sagte er mir: ‘Sie haben ja eine unwahrscheinliche Phantasie. Ich habe noch nie etwas von Sobibór gehört, und von einem Aufstand schon gar nichts.’ Viele Male wurde ich im Todeslager Sobibór von SS-Leuten ausgepeitscht, aber nie hat mir etwas so weh getan wie diese Bemerkung. Wenn er als Überlebender von Auschwitz mir schon nicht glaubte, wer sollte es dann?“

Am Montag, den 27.03.2000, ab 19.30 Uhr fand in Dortmund im Gebäude der Auslandsgesellschaft NRW neben der alten Steinwache vor rund 70 Anwesenden eine Veranstaltung zum Thema „Der Aufstand von Sobibór“ mit **Thomas Blatt** statt, zu der der deutsch-polnische Länderkreis der Auslandsgesellschaft, die Gedenkstätte Steinwache und der Arbeitskreis Internationalismus der IG Medien (AKIM) eingeladen hatten.

Laut Ankündigung sollte der Autor aus der deutschen Übersetzung seines Buches „From the Ashes of Sobibór. A Story of Survival“ (1997 bei Northwestern University Press in Evanston im US-Staat Illinois erschienen), die in diesem Jahr im Aufbau-Verlag Berlin unter dem Titel „Nur die Schatten bleiben. Der Aufstand im Vernichtungslager Sobibór“ (zum Preis von 39,90 DM) erschienen ist, vorlesen.

Statt vorzulesen, wollte er aber lieber erzählen. Thomas Blatt hatte bereits eine Veranstaltung in Frankfurt am Main hinter sich, bei der

er Englisch gesprochen und jemand ins Deutsche gedolmetscht hatte. Das sei jedoch ein sehr zeitaufwendiges Verfahren gewesen, das man abkürzen könne. Er schlug vor, in einem Gemisch aus Deutsch, Englisch, Jiddisch zu berichten, was wohl jede(r) im Raum verstehen werde. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. In seinem Bemühen, deutsche Wörter zu finden, kamen dann noch Brocken Polnisch (z.B. das Wort „akcja“ für „Aktion“) oder auch Niederländisch (z. B. das Wort „doel“ für „Ziel“) hinzu: alle waren in der Lage, seinen Ausführungen zu folgen.

Zur Illustration diente ihm ein englischsprachiger Videofilm mit dem Titel „Escape from Sobibór“, in dem der Aufstand aufgrund seiner Beschreibungen nachgestellt wurde.

Den Ausführungen Blatts voran gegangen waren Informationen von AKIM über die Einigung in der Frage der Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern im Nazi-Reich, von denen (es waren über 13 Millionen) heute noch etwa 2

Millionen leben. Die Entschädigungssumme von 10 Milliarden DM, von denen allein rund 7,5 Milliarden von den Steuerzahlenden aufzubringen sind, reichte - wenn sie jetzt zur Auszahlung käme - gerade mal für einen Entschädigungsbetrag von 5.000 DM pro Person und ist angesichts dessen, was die Unternehmen damals durch die Nutzung der Arbeitskraft der damals vielfach völlig entrechteten Zwangsarbeiter eingespart haben (umgerechnet etwa 180 Milliarden DM), geradezu lächerlich. Die Interessenvertretung der Opfer mußte zudem bei ihren Verhandlungen mit einem Mann (**Otto Graf Lambsdorf**) Vorlieb nehmen, der die zwangsweise Beschäftigung von Ostarbeitern für „natürlich und historisch notwendig“ erklärt hatte, weil man anders mit ihnen nicht umgehen könne.

Zur Lage der Juden in Izbica und Umgebung

Thomas Blatt wurde 1927 in dem Stetl Izbica geboren, einer Ortschaft in der ostpolnischen Region Wyzyna Lubelska, etwa 12 km südlich

von der mit einem größeren Bahnhof ausgestatteten Stadt **Krasnystaw**, an der Eisenbahnstrecke von **Lublin** nach **Lwów**. Bahnstrecken waren zu der Zeit, in der die Geschehnisse, von denen hier die Rede ist, sich abspielten, sehr wichtig. Auf ihnen konnten größere Kontingente an Menschen in die 3 Todeslager befördert werden, die im Rahmen der „**Aktion Reinhard**“ seit 1942 die ihnen zugewiesene „Arbeit“ bei der „Endlösung der europäischen Judenfrage“ aufnahmen. (Die Leitung der Aktion, deren Bezeichnung auf den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, **Fritz Reinhardt**, hinwies und nach ihm als „Aktion Reinhardt“ benannt worden, jedoch später auf **Reinhard Heydrich**, den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, umgedeutet wurde, oblag dem SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin, **Odilo Globocznik**.) Und so gehörten denn auch Menschen aus den an den Bahnstrecken gelegenen überwiegend jüdisch besiedelten Ortschaften zu den ersten, die in die neu errichteten Todesfabriken befördert wurden.

Izbica zählte vor dem Krieg etwa 3.600 Juden und 200 Christen. Um den Ort herum siedelten polnische Bauern. Während die meisten Häuser aus Holz waren, besaßen einige „Wohlhabende“ Häuser aus Ziegelsteinen. Ein paar Brunnen und drei artesische Pumpen versorgten die Bevölkerung mit Wasser; Elektrizität gab es bis Mitte der 30er Jahre nicht.

Die Juden waren überwie-

gend orthodox, Kaftan, Bart, Schäferlocken und Gebetskäppchen waren noch vorherrschend, aber auch einige liberale Juden (unter ihnen der Vater von Thomas Blatt), die westeuropäische Kleidung bevorzugten, begannen sich langsam durchzusetzen. Thomas Blatts Vater aß gelegentlich sogar Schinken und gab auch seinem Sohn etwas davon ab. Dieser durchlitt eine Zeitlang große Ängste, als seine streng orthodoxe Tante dies bemerkt und ihm erklärte hatte, wer nicht-koscheres Fleisch esse, komme in die Hölle. (Die Höllenphantasien des Kindes waren nur ein kleiner Vorgeschmack auf das, was ihn und sein „Volk“ wenige Jahre später erwartete.)

Die Familie Blatt bewohnte eine große Jerische, ein Gebäude aus Holz mit zwei Stockwerken, die jeweils von einem langen Korridor durchzogen waren, von dem zu beiden Seiten für die verschiedenen Familien kleine Ein- bis Dreizimmerwohnungen abgezweigt waren. Man lebte also zu vielen Menschen auf engstem Raum zusammen.

Die Familie Blatt (Eltern und 2 Kinder) besaß eine Küche mit Holzofen, Regalen für Geschirr und einem Nachtlager für eine von ihr beschäftigte Magd. Einer der wenigen Wasserträger brachte ihr einmal am Tag einen Eimer Wasser, das in eine große Schüssel gegossen wurde, was als Luxus galt. Das Esszimmer hatte neben Holztisch und 4 Stühlen auch eine Standuhr, ein winziges Wohnzimmer war von diesem Raum abgetrennt

und mit einem Sofa ausgestattet worden. Die - ebenfalls davon abgetrennte - Schlafkammer war durch ein Doppelbett und ein Nachttischchen, das auch als Me-



T. Blatt vor seinem Haus

dizinschränkchen diente, sowie einen kleinen Lehmofen ausgefüllt.

Kontakt mit Christen wurde vor allem über die Schule vermittelt. Auch wenn 95 % der Stadtbevölkerung jüdisch war, so war dennoch etwa die Hälfte der Schüler katholisch und kam vom Land in die Stadt. Thomas Blatt nahm sowohl am jüdischen als auch am katholischen Religionsunterricht teil. Später fragte er sich, was wohl die Grundlage für seinen kindlichen Glauben an einen gütigen, alles regelnden Gott gewesen sein mag: Er fand darauf keine Antwort.

Während das Leben beider Bevölkerungsgruppen mehr oder weniger friedlich nebeneinander verlief, wurde Unfriede teilweise durch antisemitische Parolen wie „*Kauft nicht bei Juden!*“ oder „

Juden nach Palästina!“ erzeugt. (Es handelt sich um ein Gebiet, das um 1920 Schauplatz des Versuchs des späteren polnischen Staatspräsidenten **Józef Piłsudski** gewesen war, durch den Überfall auf Sowjetrußland ein großpolnisches Reich bis nach **Kiew** zu errichten. Juden waren damals als „Fremdkörper“ für den polnischen - aber auch den ukrainischen - Nationalismus zahlreichen Pogromen von beiden Seiten ausgesetzt; Kräfte, die mit dem Überfall Nazideutschlands auf Polen wieder Morgenluft wittern sollten. Thomas Blatt, der da noch nicht geboren war, erinnert sich an eigene Verwandte - außerhalb von Izbica -, die Kommunisten waren.)

Als nach dem Überfall Deutschlands auf Polen 1939 deutsche Soldaten in den Ort kamen, erlebte der 14jährige Thomas Blatt diese zunächst positiv. Er hatte leichteren Zugang zu ihnen als seine polnischen Freunde, da das Jiddische ihm eine bessere Verständigung ermöglichte, und bekam Schokolade geschenkt. (Später, ab Mitte 1941, war es wiederholt lebensrettend für ihn, der nicht „typisch jüdisch“, sondern eher „arisch“ aussah, sich bei derartigen Kontakten die deutsche Aussprache gewisser Wörter und Sätze eingepägt zu haben und die jiddische Aussprache vermeiden zu können. Daß die Wehrmacht den Juden in diesem Gebiet bis dahin noch relativ freundlich begegnete, lag nicht an einem Wohlwollen deutscher Soldaten den Juden gegenüber, sondern daran, daß

das 1921 im **Frieden von Riga** den Sowjets abgenommene Gebiet durch den Vertrag zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion wieder sowjetisch wurde und dort nationalistische, den Juden feindliche Umtriebe unterdrückt wurden. Izbica war nur wenige Kilometer von der Grenze zur Sowjetunion entfernt, und die neuen Herren wollten dort zunächst ihre Herrschaft erst einmal festigen. Die Juden auch auf dem 1939 zum deutschen Herrschaftsgebiet geschlagenen Teil Polens profitierten vom noch bestehenden Nichtangriffspakt zwischen Berlin und Moskau. Die „Endlösung der europäischen Judenfrage“ wurde erst durch den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion möglich. Blatt beschreibt die Lage, in der sich die Juden damals befanden, sehr genau, leuchtet aber diesen politischen Hintergrund in seinem ansonsten sehr lesenswerten Buch nicht näher aus.)

Die Einengung des Lebens der Juden und ihre Separierung von der übrigen Bevölkerung erfolgte in kleinen, zunächst fast unmerklichen Schritten. Diese gingen einher mit einer allmählich zunehmenden Feindseligkeit seitens einer immer größeren Mehrheit unter den Christen, was die Ghettoisierung als Bildung von „Schutzzonen für eine Minderheit“ „einleuchtend“ machte. Plötzlich waren die Juden wieder (wie im christlich dominierten europäischen Feudalismus ab der Kreuzzugszeit) Christismörder, was etwa dem Vater von Thomas Blatt geradezu

absurd erschien, da Jesus doch als „König der Juden“ von der römischen Besatzungsmacht hingerichtet worden war. Während sich die deutschen Nazis mit Übergriffen noch weitgehend zurückhielten, gab es polnische und ukrainische Banden, die die Juden ungestraft terrorisierten, ausraubten und gelegentlich umbrachten. Nur allmählich nahm bei der jüdischen Bevölkerung die Erkenntnis zu, daß ihr Hauptfeind gerade diese zurückhaltenden Deutschen waren und die einheimischen Banden deren Spiel betrieben.

Zahlreiche Sonderzüge brachten die weil größere Gruppen von Juden aus Westeuropa in Ortschaften wie Izbica, das zunächst zu einem Judenghetto erklärt wurde. Diese westeuropäischen Juden hatten ein anderes Zivilisationsniveau und sprachen eine andere Sprache (vor allem Niederländisch, später auch Französisch), sie waren die primitive Lebensweise dort nicht gewöhnt, ihnen waren die Anschauungen und Lebensauffassung der Ortsansässigen fremd, so wie sie diesen als aufschneiderisch erschienen, wenn sie etwa von Klos mit Wasserspülung erzählten; es gab zahlreiche Anlässe zu Spannungen zwischen den „reichen“ Juden aus dem Westen und den galizischen Juden. Erstere schrieben Briefe an ihre Bekannten und Verwandten nach Hause, in denen sie zwar von einiger Mühsal des Landlebens und der Bigotterie der Alteingesessenen berichteten, aber doch den Glauben an eine positive

Perspektive in diesem neuen Siedlungsraum verbreiteten. Von Zeit zu Zeit fanden dann Razzien statt, bei denen insbesondere diese jüdischen Westeuropäer den Häschern ins Netz gingen, nicht zuletzt weil sie mit den örtlichen Gegebenheiten nicht vertraut waren und auch keinen Rückhalt unter den Juden des Ostens hatten. Diese empfanden das Verschwinden der ersteren oft sogar als Erleichterung. Daß dies Teil eines auch psychologisch bis in feinste Details durchdachten Plans war, dem sie schließlich alle zum Opfer fallen sollten, begriffen sie nicht. Schließlich wurde Izbica zur „judenfreien“ Stadt erklärt, was hieß, daß nunmehr jeder Jude dort für die Bevölkerung vogelfrei geworden war. Wie selbstverständlich eigneten sich viele Einheimische das Hab und Gut der Juden an und schlugen die Besitzer tot. Thomas Blatt gehörte zum letzten Transport aus Izbica nach Sobibór, wo seine Eltern und sein Bruder sofort ins Gas geschickt wurden, während er diesem Schicksal entkam, weil SS-Führer **Karl Frenzel** sich ihn als Stiefelknecht ausgesucht hatte.

Während sich unter den Polnisch und Jiddisch sprechenden Juden allmählich herumgesprachen hatte, daß aus den kleinen Orten, in die so viele dieser Menschen verbracht wurden, niemand zurückkehrte, wurden die Westeuropäer in Züge verfrachtet und „umgesiedelt“ und begriffen selbst, als sie in den Vernichtungslagern ankamen, häufig erst in den als Duschräumen getarnten Gaskam-

mern, was mit ihnen geschah.

Errichtung und Arbeitsweise des Lagers Sobibór

Die geographische Lage der Lager **Belzec**, **Sobibór** und **Treblinka** wurde „im Hinblick auf Abgeschiedenheit und guten Zugang zu den Bahnlinien ausgewählt“ (**Raul Hilberg**, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Band 2) und die Errichtung bereits im November 1941 mit Hilfe polnischer Arbeiter, die von einem SS-Baukommando bei der polnischen Verwaltung der Stadt Belzec angefordert worden waren, begonnen. Der Zweck dieser Lager unterlag höchster Geheimhaltungsstufe.

Erste Nachrichten von Sobibór erhielten Juden in der 7 km entfernten Stadt **Wlodawa** von polnischen Bauern. Deren Bericht zufolge hatte dort eine Massenerschießung kriegsgefangener jüdischer Soldaten der polnischen Armee stattgefunden. Einige der Opfer hätten trotz ihrer Verletzungen überlebt. „Die entsetzten Juden von Wlodawa sammelten Decken und trugen Tote und Verwundete in ihre Stadt. Die Toten begruben sie, und die Verwundeten gaben sie in die Obhut hilfsbereiter jüdischer Frauen. Die folgenden beiden Jahre blieb es verhältnismäßig ruhig.“ (Blatt, *Nur die Schatten bleiben*, S. 304)

Im Spätherbst 1941 beobachteten Ortsansässige ein kleines Flugzeug der Luftwaffe, das über Sobibór Kreise zog, ein paar Tage später trafen mit der Eisenbahn zwei SS-Offiziere ein, und zwar Architekten der

SS-Zentralbauleitung in Zamosc: SS-Hauptsturmführer **Friedrich Thomalla** sowie der Bauaufsichtsleiter **Moser** aus Berlin. Sie schritten das Gebiet um den Bahnhof ab, vermaßen das Gelände und sahen sich im Wald gegenüber um. Danach inspizierte mehrfach eine Kommission unter Leitung von SS-Hauptsturmführer **Johann Naumann**, Chef der Zentralbauleitung von SS und Polizei in Lublin, das Gelände. Im Januar/Februar 1942 wurde die Fläche eingezäunt, im März ließ die SS durch Juden, die aus Wlodawa rekrutiert wurden, mehrere Bauten errichten. Danach zog die Gruppe um Thomalla ab. Mit dem Weiterbau des Lagers wurde von SS-Gruppenführer **Odilo Globocznik** der österreichische SS-Obersturmführer **Franz Stangl** betraut. Globocznik schickte ihn zum Kommandanten von Belzec, SS-Obersturmführer **Christian Wirth** (der die sogenannte **Euthanasieaktion T4** geleitet hatte), wo er weitere Instruktionen erhalten sollte. 30 Jahre später (1971) erinnerte sich der Häftling Stangl gegenüber der britischen Journalistin **Gitta Serenyi**: „Ich fuhr mit dem Auto hin. Als man ankam ..., der Gestank ..., oh mein Gott, der Gestank. Er (Wirth) stand auf einem Hügel neben den Gruben. ... Die Gruben voll ..., sie waren voll. Ich kanns Ihnen nicht sagen. Nicht Hunderte, Tausende, Tausende von Leichen ... Dort hat Wirth 's mir gesagt, er sagte, daß das war, wofür Sobibór bestimmt war.“

Am 28. April 1942 traf Stangl in Sobibór ein, ukrainische

Wachmannschaften aus dem Arbeitslager Trawniki waren schon dorthin beordert worden. Wenig später erhielt Stangl Besuch von **Dr. Irmfried Eberl** und bereitete diesen auf seine Aufgaben als Kommandant von Treblinka vor.

„Das Lager Sobibór lag 5 km vom Fluß Bug und vom Dorf Sobibór entfernt, in einem dünn besiedelten Gebiet ... zwischen den Städtchen Chelm und Wlodawa. Es wurde auf feuchtem, morastigen Waldboden errichtet. Von der kleinen Bahnstation des Ortes Sobibór führten Schienen in das Lager hinein. Die ursprüngliche Fläche von 12 ha wurde später auf 60 ha erweitert. Das Gebiet war durch drei gut 2,50 m hohe Stacheldrahtzäune begrenzt. Zwischen den Zäunen war ein Weg für Kontrollgänge angelegt, der Außenzaun war dicht mit Kiefernzweigen vollgesteckt, um Einblick von außen zu verhindern.

Drei Bauten standen auf dem Gelände, bevor es zum Lager umfunktioniert wurde. Aus der ehemaligen Post ... wurde die Villa des Kommandanten, aus dem Forsthaus das Verwaltungsgebäude. Eine winzige katholische Kapelle mit etwa 12 qm Grundfläche wurde in eine Stätte für schnelle Exekutionen umgewandelt, die man an Juden bei neu eintreffenden Transporten vornahm, wenn sie unangenehm auffielen.

Im Juni 1943 wurde das Gelände in einem Umkreis von etwa 15 m vom äußeren Zaun vermint. Damit sollten einerseits Angriffe von Partisanen und andererseits Aus-

bruchsversuche vereitelt werden.

Die totale Kontrolle ist konstitutiv für ein Vernichtungslager. In Sobibór erfolgte diese durch ein Beleuchtungssystem mit separatem Generator, mehreren Reihen von Stacheldrahtzäunen und die gesonderte Einfriedung verschiedener Lagerkomplexe mit Stacheldraht. Eine Vielzahl von Wachtürmen diente demselben Zweck... drei auf der Südseite quer zur Eisenbahnlinie, drei auf der Gegenseite, fünf weitere ... auf der Waldseite.“ (Blatt, S. 305 f)

Die einzigen Zugänge zum Lager befanden sich auf der an die Eisenbahnlinie grenzenden Seite. Das Haupttor führte auf die Lagerstraße, ein Nebentor zum Eisenbahndepot außerhalb des Zauns.

„Der Innenbereich des Lagers war unterteilt in das Vorlager, den Bereich der Garnison und in vier Sektoren, die Lager I, II, III und IV. Die einzelnen Lager waren mit Stacheldraht umzäunt, was sie zu Gefängnissen im Gefängnis machte.“

Im Bereich der Garnison (im Vorlager) lagen die beiden Zugangstore, das Tor zum Außendepot und das zur Eisenbahnrampe, auf der die Deportierten aus den Zügen stiegen. Direkt gegenüber der Rampe lag die Villa des Kommandanten, im selben Sektor befanden sich weitere Unterkünfte für die SS, eine Garage, eine Kantine und andere Funktionsbauten. Baracken für die ukrainischen Wachmannschaften lagen nördlich der Villa des Kommandanten.

Für einen bequemen Alltag

der SS sorgten jüdische Zahnärzte, Dienstmädchen und 'Putzer', persönliche Arbeitssklaven. Hinter dem Vorlager in westlicher Richtung lag Lager I. Es war durch besondere Umzäunung und einen Wassergraben auf der Westseite ausbruchssicher. Nur ein einziges Tor führte zum Vorlager. Im Lager I befanden sich die Wohnbaracken und die Gefängnisküche der jüdischen Arbeitshäftlinge sowie Werkstätten für die Ausstattung der Lagerleitung. Im Lager I arbeiteten rund 50 Juden, als Schneider, Schuster, jeweils für die Deutschen und die ukrainischen Wachmänner, ferner Zimmerleute, Mechaniker. Abends nach der Arbeit mußten alle jüdischen Arbeiter zum Appell antreten. Zuständig für Lager I und II und damit auch für die Abnahme des Appells war z u n ä c h s t S S - Oberscharführer Bruno Weiss, später S S - Oberscharführer Karl Frenzel. Im Lager II waren rund 400 Arbeitssklaven tätig, darunter 100 Frauen. Im dortigen Warenlager wurde alles verwahrt, was man den Getöteten abgenommen hatte: Kleidung, Nahrungsmittel, Gold und andere Wertgegenstände, es gab dort sogar eine kleine Viehhaltung mit Rindern, Schweinen und Ziegen sowie die Pferdeställe der SS.

„Im Lager II befanden sich das Verwaltungszentrum und die kleine katholische Kirche, etwa 400 m südlich der Gaskammern. Überragt wurde der Sektor durch einen Beobachtungsturm. Ein hoher Holzzaun parallel zur Eisenbahnlinie verhinderte,

daß Reisende der täglich zwischen Wlodawa und Chelm verkehrenden Züge Einblick ins Lager nehmen konnten. Im Lager II wurden die Juden „begrüßt“ und für ihren letzten Gang vorbereitet. Hier wurde den entkleideten Frauen das Haar abgeschnitten, hier wurden den Kleider gesammelt und sortiert und alle Ausweise im Verbrennungssofen vernichtet. Die letzten Schritte der Opfer führten über einen 150 m langen, etwa 3 m breiten, mit Sand bestreuten Weg, der beidseitig von Stacheldraht gesäumt und wiederum durch Kiefern- und Fichtenzweige nach außen abgeschirmt war. Das war die 'Himmelfahrtsstraße', die direkt in die Gaskammern führte.“ (Blatt, S. 308)

Diese gehörten bereits zu Lager III. Es lag im Norwesten des Komplexes. Von dort wurden die Leichen zunächst in 8 m tiefe Gräben geworfen, ab Sommer 1942 jedoch wurde eine Leichenverbrennungsanlage in Betrieb genommen, zu der man die Leichen mittels Loren auf einer Schmalspurbahn beförderte.

Außer dem Zugang zu den mit Blumen und einem Davidstern dekorierten und der Aufschrift „Badehaus“ versehenen Gaskammern gab es noch einen versteckten Zugang für Lagerbesatzung und Arbeitshäftlinge. Zwischen Lager II und III lag eine kleine Landebahn für Flugzeuge.

Die Sicherungsvorkehrungen im Lager III waren noch weitaus schärfer als in den anderen Sektoren, weil man außer Flucht auch einen Zugang externer Arbeitskräfte

ausschließen wollte. Das Dach der Gaskammern lag unter einem Tarnnetz, um zu verhindern, daß deutsche Kampfflugzeuge in Richtung Sowjetunion etwas davon entdeckten. Auch die Sicht von anderen Sektoren aus war durch Tannenzweige in den Stacheldrahtzäunen unmöglich gemacht. Bei Inbetriebnahme der Gaskammern waren dort nur wenige Juden beschäftigt, auf dem Höhepunkt der Vernichtungstätigkeit 150 Arbeitsklaven. Dieses „Königreich

Bauer. Gelegentlich gelangten - durch Bestechung ukrainischer Wachleute - Kassiber aus Lager III in den übrigen Komplex, ansonsten aber war die Abschirmung fast perfekt. Wer zufällig Einblick in Lager III nahm, kam dort nicht mehr heraus. Trotzdem konnte die Funktion dieses Lagers nicht verborgen bleiben - der süßliche Verwesungsgeruch der Leichen verbreitete sich bei sonnigem Wetter meilenweit und war kaum erträglich. Das Feuer und den Rauch



Himmler auf Inspektion in Izbica 1942

des Mordes“ wurde von SS-Oberscharführer **Kurt Bolderer** befehligt, ab Herbst 1942 nacheinander von den SS-Oberscharführern **Hubert Gomerski** und **Erich**

der später errichteten Verbrennungsanlage sah man kilometerweit. Manchmal war das ganze Lager in übelriechenden Rauch gehüllt. Auch die Tatsache,

daß zwar zigtausende Menschen in das verhältnismäßig kleine Lager gebracht wurden, aber nie jemand zurückkehrte, war den Ortsansässigen nicht verborgen geblieben.

Im Juli 1943 wollte der Reichsführer SS, **Heinrich**

Himmler: „Das Ziel, in Sobibór ein Depot mit Beutewaffen des Feindes einzurichten, kann ohne eine Umwandlung erreicht werden. Wir halten es für besser, wenn alles so bleibt, wie es ist.“

Daraufhin wurde der Kom-

„Die Ermordung vieler hunderttausend Menschen ist eine logistisch anspruchsvolle Aufgabe, besonders dann, wenn sie im geheimen erfolgen soll. Die dabei anfallende Menge von Leichen zu beseitigen, ist eine ebenso beachtliche Herausforderung. In der Frühphase des Lagers hob man riesige, 60 x 15 m große und 8 m tiefe Schächte aus und begrub so fast 85.000 Leichen.

Sie wurden mit einer dünnen Schicht Sand bedeckt. Die angewandte Methode erwies sich als ekelhaft und ineffizient. ... Im März 1942 wurde SS-Standartenführer **Paul Blobel**, der sich seine Meriten als Kommandeur des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C, das in der Schlucht von **Babi Yar** bei Kiew mehr als 30.000 Juden ermordete, erworben hatte, vom Chef der Gestapo **Heinrich Müller** mit der sogenannten Enterdungsaktion beauftragt.

Erfolgreich durchgeführte Massenverbrennungen in **Chelmo**, die eine jüdische Arbeitsbrigade, bekannt als **Sonderkommando 1005**, unter dem Befehl von Blobel vorgenommen hatte, waren nun beispielgebend für den Bau riesiger, offener Verbrennungsstätten in den Vernichtungslagern. Das Krematorium in Sobibór bestand aus 3 Reihen von 70 cm hohen Betonklötzen, auf die in Form eines Gitters 6 Eisenbahnschienen gelegt waren.

Auf dieser Fläche konnte man zwei- bis dreitausend Leichen gleichzeitig verbrennen.

Im Herbst 1942 wurde ein Schaufelbagger eingesetzt,



Villa der SS-Kommandantur



Katholische Kapelle

Himmler, Sobibór in ein Konzentrationslager umwandeln, um dort Waffen, die man von der Roten Armee erbeutet hatte, zu horten. Dagegen wandte sich SS-Obergruppenführer **Oswald Pohl** in einem Brief an

plex nach Norden hin hin um mehrere Bunker erweitert: Dieses Lager IV hatte zwar keine Funktion im Rahmen der Massenvernichtung, bei seinem Bau kamen jedoch viele niederländische Juden zu Tode.

mit dem die Gräber geöffnet und die Leichen auf den Rost gebracht wurden. Der Lärm dieser Arbeit war über mehrere Tage ununterbrochen zu hören.

Die Suche nach der wirkungsvollsten Verbrennungsart ging weiter. Man fand heraus, daß man höhere Hitzegrade erreichen konnte, wenn man dicke Frauen abwechselnd mit Holz verbrannte. ... Der Scheiterhaufen wurde mit Benzin übergossen und dann angezündet. Die Flammen schossen oftmals 3 m hoch. Die gewaltige Hitze verbog die Eisenbahnschienen, die von Zeit zu Zeit ersetzt werden mußten. ... Den Häftlingen anderer Sektoren erschien es, als brodele ein Vulkan in Lager III.“ (Blatt, S. 310 f)

Opfergruppen

Das Lager Sobibór war das kleinste der 3 im Zuge der „Aktion Reinhard“ errichteten Todeslager. Seine Gesamtleistung belief sich bis zu seiner Schließung kurz nach dem erfolgreichen Aufstand auf etwa 250.000 Ermordete (die Leistung der Todeslager Treblinka mit über 700.000 und Belzec mit rund 800.000 lag weitaus höher).

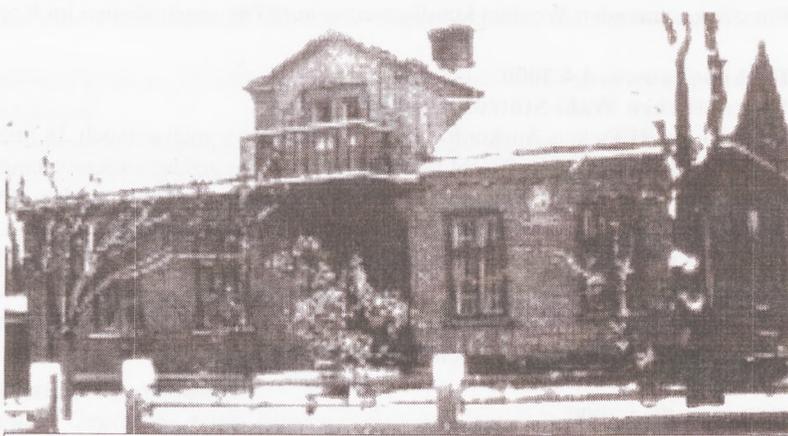
Von den in Sobibór Ermordeten waren über 158.000 aus Polen, über 34.000 aus den Niederlanden, über 30.000 aus der Tschechoslowakei, über 13.000 aus der Sowjetunion, über 10.000 aus Deutschland und über 5.000 aus Frankreich. Laut Blatt waren die Züge, die aus den Niederlanden und aus Frankreich kamen, Personenzüge, die mit Versorgungspersonal und -

material für die „Reisenden“ ausgestattet waren, um ihnen den Zweck der Transporte so lange wie möglich zu verschleiern. Bei Transporten aus dem östlichen Europa in die Todeslager begnügte man sich mit (im Winter zudem unbeheizten) Viehwagen, da man die Menschen dort meistens ohnehin nicht mehr täuschen konnte.

Für die Niederlande liegt eine eigene Untersuchung über die Züge nach Sobibór

spielsweise durch Verleihung von Häftlingen zur Zwangsarbeit in großen Betrieben erwirtschaftete.

Die von den Deportierten mitgeführten Wertgegenstände wurden nach Vernichtung ihrer Eigentümer sortiert und z.B. Bekleidung und Schuhwerk massenweise in vom Luftkrieg heimgesuchte deutsche Städte transportiert, um die dortige ausgebombte Bevölkerung damit zu versorgen. Das lief dann etwa über Organisationen wie die **NSV**



Unterkunft der Gestapo

vor (Dr. E.A. Cohen, De gentien Treinen naar Sobibór, Verlag Elsevier Amsterdam/Brüssel 1979), wonach die 19 Züge, die im Zeitraum vom 02. März bis zum 23. Juli 1943 nach Sobibór fuhren, jeweils 3-4 Tage unterwegs waren und mit ihnen insgesamt 34.313 Personen abgeschoben wurden (der Zug mit der stärksten Belegung umfaßte 2.417 Deportierte).

Bei den Eisenbahntransporten stellte die Reichsbahn das Personal und die Wagen zur Verfügung, die SS bezahlte die Transporte aus Einnahmen, die sie bei-

(Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) ab. Ähnliches geschah mit Mobiliar aus den freigewordenen Wohnungen der Opfer.

Den Krieg überlebt haben von den Juden, die nach Sobibór gebracht worden waren, insgesamt 62 Personen, von diesen wurden jedoch kurz nach der Befreiung des Gebiets durch die Rote Armee noch 2 von polnischen Antisemiten ermordet.

(Fortsetzung folgt)

KD

NEWS AUS DEM RUHRGEBIET

Recklinghausen, 5.4.2000

Roma und Sinti demonstrieren gegen Abschiebung

Rund 300 Sinti und Roma demonstrierten am 4. April vom Recklinghäuser Rathaus durch die Innenstadt, um gegen ihre drohende Abschiebung in den Kosovo zu protestieren.

Initiiert wurde die Demonstration vom Marler Verein „Romano Djindipe“ (deutsch: Romas Leben), aus dem gesamten Kreis Recklinghausen, aus Gelsenkirchen, Münster und dem Kreis Coesfeld waren Sinti und Roma gekommen.

Auf Handzetteln mit der Aufschrift „Wir haben Angst“ machten die Demonstrierenden deutlich, dass sie auf dem Balkan „zwischen allen Fronten“ stehen.

Zwar schützt die Zugehörigkeit zu ihrer Volksgruppe die Roma zur Zeit noch vor unmittelbarer Abschiebung, sie befürchten jedoch, dass sich dies bald ändern wird.

„Wir fordern einen Abschiebestopp für Roma sowie ein Bleiberecht. Das ist uns der deutsche Staat nicht zuletzt auch wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit schuldig“, erklärte Asani Fahri, der Sprecher des Vereins.

Für die kommenden Wochen kündigte er weitere Demonstrationen im Kreis Recklinghausen an.

Recklinghausen, 4.4.2000

REPs fälschen Wahl-Stützunterschriften

Obwohl die REPs laut Auskunft des Kreiswahlleiters nachweislich 28 Stützunterschriften für die Landtagswahlen vom 14. Mai 2000 gefälscht haben, dürfen sie im gesamten Kreisgebiet kandidieren.

Wie schon zu den Kommunalwahlen 1989 und den Landtagswahlen 1990 haben die REPs wieder gefälscht. Außerdem besteht in 194 Fällen der Verdacht auf arglistische Täuschung.

Nur im Wahlkreis 85 (Gladbeck und Teile von Dorsten) wurden die REPs nicht zugelassen, weil sie hier nach Abzug von 9 nachgewiesenen Fälschungen nur noch auf 97 gültige Unterschriften kamen.

In allen anderen Wahlkreisen wurden sie zugelassen, weil die erforderliche Anzahl von 100 Stützunterschriften trotz Abzug der gefälschten noch erreicht wurde.

Solingen, 20.4.2000

CDU ignoriert SOS-Rassismus in Solingen

Der 29. Mai könnte ein Tag wie jeder andere werden, keine Mahnveranstaltung, keine Gedenkveranstaltung, nichts, was daran erinnert, dass vier Solinger Jugendliche vor sieben Jahren das Haus einer türkischen Familie anzündeten und fünf Menschen töteten. Die CDU, seit der Kommunalwahl regierende Partei in Solingen, hat dem Verein „SOS-Rassismus“ den städtischen Zuschuss von 91.800 DM gestrichen.

Der Verein organisiert seit 1994 die Aktionen zum Jahrestag des Brandanschlags, lädt Jugendliche zu internationalen Workcamps ein und betreibt eine Anlaufstelle samt Notfall-Telefon für MigrantInnen.

Zur Zeit allerdings ist die Geschäftsstelle nicht besetzt. Britta Müller, die einzige Hauptamtliche und Gründerin des Vereins, ist krank geschrieben. Die Entscheidung gegen SOS-Rassismus habe sie nervlich so stark belastet, dass ihr Arzt ihr dringend geraten habe, Abstand zu den Ereignissen zu bekommen, sagt Müller.

In der CDU begreift man die Aufregung nicht. „SOS-Rassismus“, finden die Christdemokraten, hat seine Existenzberechtigung verloren. „Die ursprüngliche Aufgabe des Vereins spiegelt sich nur noch im Namen wider“, argumentiert CDU-Fraktionschef Andreas Oliver Koch. Antirassismus-Arbeit müsse heute nicht mehr von einem einzelnen Verein wahrgenommen werden, da dem Rassismus in der Breite der Gesellschaft begegnet werde. „Vor diesem Hintergrund“, so Koch, „hat der Verein neue Aufgaben gesucht und in der Sozialberatung gefunden. Sozialberatung wird jedoch in umfänglichem Maß durch viele andere Institutionen wahrgenommen.“

Vereine und Träger, die damit gemeint sein könnten, protestieren. „Das Diakonische Werk des Evangelischen Kirchenkreises ist nicht in der Lage, auch nur einen Teil der Arbeit von SOS-Rassismus aufzufangen“, erklärte Superintendent Ernst Günther. Besonders für die 23.000 AusländerInnen in Solingen gebe es „einen eklatanten Mangel an Betreuungsangeboten“, empört sich Nasser Firouzkah, Mitglied im Ausschuss für Zuwanderung und Integration. Die acht frei gewählten Mitglieder des Ausschusses haben eine Unterschriftenaktion für SOS-Rassismus gestartet.

Unverständnis für die CDU-Entscheidung äußern auch die Grünen. „Obwohl die Streichung mit finanzpolitischen Notwendigkeiten begründet wurde, dürfte allgemein klar sein, dass dies eine politische Abstrafung ist“, schimpft Frank Knoche, Grünes Mitglied im Sozialausschuss.

Mangelndes Interesse der Bevölkerung am Solinger Brandanschlag jedenfalls kann nicht der Grund für die Streichung sein: Zum fünften Jahrestag 1998 meldeten sich mehr als 70 Medienvertreter bei SOS-Rassismus.

(Sandra Everts, in: taz NRW v. 20.4.2000)

Herten, 21.4.2000**Polizei schützt antifaschistischen Lichtbildervortrag**

Etwa 60 BesucherInnen eines informativen Dia-Vortrags über Geschichte, Strukturen und Ziele der NPD, der vom „Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus“ und der Recklinghäuser „Libertären Initiative“ am 20. April im Hertener Glashaus durchgeführt wurde, erhielten von 200 PolizistInnen „Schutz“, damit der NPD-Kreisvorsitzende Kevering mit seinen 20 jugendlichen Anhängern nicht hineinkamen.

Kevering hatte sich zur 'Tarnung' extra seinen Backenbart abrasiert, wurde natürlich dennoch erkannt und versuchte, mit der Polizei zu diskutieren, dass ihm sein Recht auf Teilnahme an einer „öffentlichen“ Veranstaltung genommen werde.

Die aber teilte ihm mit, dass die Veranstaltung „nicht öffentlich“ sei, da die NPD/JN im Internet zu „Störungen“ aufgerufen habe.

Kevering kam zwar nicht hinein, nutzte aber die Gelegenheit, Fotos von VeranstaltungsteilnehmerInnen zu machen. Auch die Polizei hatte ein großes Informationsbedürfnis: Jeder, der in die Veranstaltung wollte, musste seinen Personalausweis zücken, eine Polizeikamera filmte alle BesucherInnen, die die Polizeiabspernung passierten.

Die Polizei wandte die neue NRW-Taktik an: Weitläufig absperren, BürgerInnenrechte aggressiv einschränken, AntifaschistInnen möglichst isolieren.

Wenn jemand zum Beispiel zweimal nacheinander versuchte, den abgesperrten Bereich zu passieren, wurde ihm barsch beschiedener, beim nächsten Mal finde er sich auf der Polizeiwache wieder.

So ließen die Beamten ihren Frust darüber, dass sie AntifaschistInnen „beschützen“ mussten, an den Hertener BürgerInnen ab. Ein häufiger Kommentar war, was denn der martialische Aufmarsch solle angesichts der kümmerlichen NPD -Vereins, den Kevering spazieren führt.

Düsseldorf, 2.4.2000**Mindestanforderungen an staatliche Asylpolitik**

„Im Vorfeld der Landtagswahlen: Gegen die menschenunwürdige Asylpolitik in der Bundesrepublik“ protestierten am Samstag, 1. April, kirchliche Gruppen, der Flüchtlingsrat NRW, amnesty international und andere Initiativen. In der Düsseldorfer Innenstadt, auf der Königsallee, führten sie eine Prozession in 7 Stationen durch: „Eine Reise wie keine andere. Menschen auf der Flucht. Ein Kreuzweg“. Der Kreuzweg war von den kirchlichen Gruppen unter das Motto gestellt worden: „Jesus wird gekreuzigt in den Flüchtlingen dieser Erde“. Wobei hier die Frage ist, ob diese Art eines bestimmten theologischen, religiös identifizierenden Deutungsansatzes die Sicht auf die wirkliche Verfolgung der Flüchtlinge nicht doch stark einengt, so dass die historisch-politischen und gesellschaftlichen Gründe der Flucht nicht mehr wahrgenommen werden können.

An den Stationen wurde über das Leiden der Asylsuchenden berichtet und die entwürdigende und unterdrückende amtliche Politik kritisiert.

Die 300 TeilnehmerInnen der Abschlusskundgebung in der Johanniskirche/Lutherplatz verabschiedeten einstimmig eine „Düsseldorfer Erklärung. Asylrecht ist Menschenrecht“. Die Erklärung fordert eine Änderung der staatlichen Asylpolitik. In der Begründung der Erklärung stellte der Vorsitzende der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“, Dr. Just, Evangelische Akademie Mülheim an der Ruhr, die Forderungen der Erklärung als Mindestanforderungen dar und maß sie an den internationalen Menschenrechtserklärungen und an der Genfer Flüchtlingskonvention. Er knüpfte an der 1998 ebenfalls auf einer Veranstaltung in der Johanniskirche beschlossenen Erklärung des Wanderkirchenasyls an. Damals wurde ein Stopp der Abschiebungen in die Türkei gefordert. Vor der letzten Bundestagswahl hatten Pro Asyl und andere Gruppen eine Änderung der Asylpolitik verlangt. Just stellte fest: Bisher keine Änderung, neue Regierung - alte Asylpolitik. Die Menschenrechts-Werte würden in der Bundesrepublik „deutsch-nationalen Interessen nachgeordnet und verletzt“.

Die „Düsseldorfer Erklärung“ richtet sich als Appell an Bürgerinnen und Bürger, sich selbst zu organisieren und den Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Sie soll über diesen Protesttag hinaus als Unterschriftensammlung fortgesetzt werden. Ihre Forderungen richten sich auch an die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen.

(gba in: Lokalberichte Essen vom 7.4.2000)

DÜSSELDORFER ERKLÄRUNG: ASYLRECHT IST MENSCHENRECHT

Nach wie vor wird das Menschenrecht auf Asyl in Deutschland verletzt. Politisches Ziel ist nicht der Schutz von Menschen, denen aus politischen, ethnischen, religiösen oder rassistischen Gründen Verfolgung, Folter oder Lebensgefahr droht, sondern die drastische Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Als Erfolgsmeldung wird ausgegeben, dass seit 1992/93 die Zahl der Asylbewerber um fast 80 % gesenkt werden konnte - nicht, dass ein irakischer Demokrat vor den Nachstellungen Saddam Husseins gerettet werden konnte, nicht, dass einem kurdischen Freiheitskämpfer die Folter auf türkischen Polizeistationen erspart blieb.

* Nach wie vor müssen Flüchtlinge ein Asylverfahren durchlaufen, das nicht fair und für sie undurchsichtig ist, das wenig geeignet erscheint, politische Verfolgung überhaupt zu erkennen.

* Nach wie vor wird die Verfolgung von Frauen allzu oft als nicht-politisch und damit asylunerheblich deklariert - wenn z.B., wie in Bosnien, Vergewaltigungen in die Strategie der Kriegsführung einbezogen werden, sind diese keine Asylgründe.

* Nach wie vor mangelt es an einem effektiven Rechtsschutz für AsylbewerberInnen.

* Nach wie vor mangelt es an einer Härtefallregelung im Gesetz.

* Nach wie vor werden Flüchtlinge bis zu 1 ½ Jahre in Haft genommen, wie Verbrecher behandelt, nur weil sie bei uns Schutz und Lebensperspektiven erhofft haben.

* Nach wie vor werden die sozialen Lebensbedingungen für Asylsuchende so unerträglich gestaltet, dass sie möglichst abschreckende Wirkung haben. Für Asylsuchende gelten deutlich niedrigere Existenzminima als für andere (Asylbewerberleistungsgesetz).

* Nach wie vor werden aus unserem Land Menschen in Folter und erneute Lebensgefahr abgeschoben, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Diese Politik verletzt die Menschenwürde der Flüchtlinge und steht in Widerspruch „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Art. 1,2 GG).

Wir fordern die Politiker in Bund und NRW auf, zu den internationalen Standards im Flüchtlingsrecht zurückzukehren. Auf Grund der Erfahrungen des Nationalsozialismus haben Deutsche eine besondere Verantwortung, einer nationalen und europäischen Aushöhlung des Asylrechts entgegenzutreten.

Wir fordern, dass die „Mindestanforderungen an ein neues Asylrecht“, wie sie 1998 vor der Bundestagswahl von Pro Asyl gemeinsam mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften formuliert wurden, endlich von den Regierungen in Bund und Ländern aufgegriffen und umgesetzt werden. Dazu gehören

* die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung *die Abschaffung des Flughafenverfahrens *die Schaffung eines fairen Asylverfahrens *die Herstellung eines effektiven Rechtsschutzes *eine „Altfallregelung“, die allen Flüchtlingen, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben, eine Aufenthaltsbefugnis erteilt, ohne weitere Vorbedingungen *eine Härtefallregelung im Ausländergesetz *die Abschaffung der Abschiebehaft *die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Diese Forderungen sind durchsetzbar, wenn viele Bürgerinnen und Bürger aufstehen und sie aktiv einklagen. Die unterzeichnenden Organisationen verpflichten sich zu einem solchen Engagement und laden alle Menschen, denen Menschenrechte teuer sind, ein, sich anzuschließen.

Nehmen Sie Kontakt auf zu Parteien und zu den Abgeordneten Ihres Wahlkreises und treten Sie für diese Mindestanforderungen an ein humanes Asylrecht ein. Protestieren Sie gegen eine Politik, die Flüchtlinge zuerst abschrecken statt schützen will. Schließen Sie sich uns an. Wir freuen uns über jede Mitstreiterin und jeden Mitstreiter.

Suchen Sie Kontakte zu Unterkünften in Ihrer Nähe und besuchen Sie Flüchtlinge. Diese werden sich über Ihr Interesse freuen. Fragen Sie, welche Unterstützung sie brauchen. Verhelpen Sie minderjährigen Flüchtlingen zu einem regelmäßigen Schulbesuch.

Erkundigen Sie sich nach einer Abschiebehafteinrichtung in Ihrer Nähe. Engagieren Sie sich in Kontakt mit der Gefängnisverwaltung und Betreuungsgruppen.

Helpen Sie Flüchtlingen, denen im Fall einer Abschiebung Gefahr für Leib und Leben droht, notfalls durch Kirchenasyl. Schauen Sie nicht weg. Dadurch ist genug Unheil in unserem Land entstanden.